

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Grampen 1/4, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld: Bei Abbestellung vor dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 15 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 25 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 35 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 45 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 55 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 65 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 75 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 85 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 95 Pfennige. Bei Abbestellung nach dem 1. März des künftigen Jahres, für den Rest der Zeitung 100 Pfennige.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 227.

Sonnabend, den 29. September 1906.

17. Jahrgang.

Die Einigkeit der Bergarbeiter.

Nichts kann dem Unternehmertum unangenehmer werden, als eine wirkliche Einigkeit und starke Macht der Bergarbeiter und deshalb willt die gesamte Werkpresse, die Zentrumspresse allen anderen voran, gegen diese Einigkeit. Die „Essener Volkszeitung“ vom Freitag, den 21. September beschäftigte sich unter der Überschrift: „Die Einigungsbewegung an der Ruhr“ und ebenfalls die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom selben Tage mit den augenblicklichen Einigungsbewegungen der Bergleute. Beide Zechenorgane berichten übereinstimmend, daß der Einigungsgedanke nicht aus Arbeiterkreisen komme, sondern eine künstliche „sozialdemokratische Machenschaft“ sei. Die Einigkeit aller Arbeiter unterschiedslos anzustreben, ist also eine „sozialdemokratische Machenschaft“, gegen die man ankämpfen muß — im Interesse der Grubenbesitzer. Die „Saarpfost“, ebenfalls ein Zechenorgan unter Zentrumsflagge, nannte die Einigkeit aller Bergleute — zum Lachen! Die Unternehmer lachen über die Uneinigkeit der Bergleute, während bei einer wirklichen Einigkeit ihnen das Lachen schon vergehen würde. Wie das Unternehmerblatt an der Saar anführt, daß der Verband den Einigungsrundel inzentert habe, um seine „Mitglieder-schwindsucht“ zu heilen, so debuzieren auch die beiden Zechenorgane aus Essen, die ebenfalls von einer Mitglieder-schwucht im Verbandschwindsucht, während der Gewerkschaft ständig zunehme. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ weiß noch weiter zu berichten, daß am 21. Oktober der evangelische Arbeiterverein Stellung zum Anschluß an den Gewerksverein nehmen und daß wahrscheinlich der Anschluß erfolgen und damit die Führerschaft an den Gewerksverein überginge. Hier, wie auch bei den Behauptungen von der Mitglieder-schwucht aus dem Verbands, ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Werkpresse hat nun schon 17 Jahre von der Mitglieder-schwucht aus dem Verbands geäffelt und schon vor 10 Jahren hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ den Tod des Verbandes berichtet, während der „Christliche“ Gewerksverein immer neue Mitglieder gewann. „In hellen Scharen strömten sie in den Gewerksverein“, liest man in der schwarzen Zechenpresse und kommt dann irgend eine Wahl, wo die Masse der Bergleute und nicht die Zechenpresse entscheidet, siegt der „rote“ Verband über den „lebensdigen“ Gewerksverein. Und auch heute ist es so, daß der Verband sich in guter Vorwärtsentwicklung befindet, während die Gewerksvereinschriften nicht mehr ein noch aus wissen. Auch eine tatsächliche Verschmelzung mit dem evangelischen Arbeiterverein kann diese aus der Patsche nicht mehr retten. Doch vorläufig hören wir zwar die Wirklichkeit, doch uns fehlt der Glaube.

Das kongeniale Zeitungsgeflüster in Essen schreibt, daß nur halbwegs Eingeweihte wüßten, daß

die Einigungsbestrebungen nicht aus Mitgliederkreisen stammten, sondern den Mittelstern suggeriert seien. Die Zechenpresse ist also der „Eingeweihte“, die Zechenpresse und nicht die Arbeiter kennen die Stimmung der Bergleute, die Zechenpresse weiß, daß die Bergleute suggeriert werden. Die letzte allgemeine Revierkonferenz habe recht deutlich gezeigt, daß für eine Einigung der Verbände keine Stimmung unter den Bergleuten vorhanden sei. Gerade das Gegenteil hat sie bewiesen, denn unter den Bergleuten und selbst unter einem großen Teile der Delegierten hat es große Unzufriedenheit erregt, daß dieser Antrag nicht zur Verhandlung gestellt worden ist. Und gerade der Vorsitzende Sache war es, der in Anbetracht der schon vorgeschrittenen Zeit rief, von einer Besprechung abzusehen. Ihm selbst kam der Antrag vollständig überraschend und doch weiß die Bloue und schwarze Zechenpresse, daß es „bestellte Arbeit“ war.

Die wahre Stimmung der Bergleute ist für eine Einigung, das hat eine Belegschaftsversammlung in Oberhausen am 20. September, die von 800 bis 1000 Kameraden besucht war, recht deutlich gezeigt. Der Betriebsinspektor Muthmann von Zeche Oberhausen plante die Einführung einer Uberschicht in jeder Woche und sollte die Morgen- und Mittagschicht an jedem Freitag je an der Hälfte Schicht verfahren. Herr Muthmann hatte erst vor diese An der Halbschicht auf Samstag zu verlegen, aber das „Christliche“ Arbeiterauschmittglied Leo ersuchte um Verlegung der Nebenschicht auf Freitag, weil die Leute sonst des Sonntags nicht in die Kirche gehen könnten. Diesem Ersuchen trug der Herr Inspektor denn auch Rechnung, doch hatte er und der „Christliche“ Leo die Rechnung ohne die Belegschaft gemacht. Die andern beiden Ausschmittglieder wurden aufgefordert, gegen die An der Halbschicht Einspruch zu erheben, was sie auch taten. Herr Muthmann erklärte diesen jedoch, daß er sich vom Arbeiterauschmitt keinerlei Vorschriften machen ließe, sondern so handele wie er wolle. Wer die Nebenschicht nicht mit machen wolle, müßte sich bei ihm melden. Dieser Nachspruch wurde denn auch am Brett als Zechenulass angeschlagen. Daraufhin berief der „Christliche“ Arbeiterauschmitt — ohne Leo — obige Versammlung ein. Derselben wohnten vom Gewerksverein ein Generalsekretär und drei Sekretäre und vom Verbands Genosse Seimpeters bei. Nachdem das Arbeiterauschmittmitglied Massenel die Unterhandlung mit dem Betriebsinspektor und seinen gegenteiligen Standpunkt zu den Uberschichten mitgeteilt hatte, wurde die Diskussion eröffnet. Seimpeters sprach sich darauf scharf gegen das Uberschichtunwesen aus und forderte die Versammlung auf, das An der Halbschicht einmütig abzulehnen. Gegen das einmütige Handeln der Belegschaft sei Herr Muthmann ohnmächtig und müsse, ob er wolle oder nicht, einlenken. Schon vor zwei Jahren hat die Belegschaft gezeigt, was sie durch absolute Einigkeit durchzusetzen vermag und noch mehr würden die Bergleute erringen können, wenn sie sich einig seien. Eine außerordentlich günstige Konjunktur herrscht augenblicklich im Bergbau, aber für die Berg-

leute — gibt es Uberschichten. Die Werkschicht handelt geschlossen und konsequent, sie führen nicht Uberschichten ein für „Christliche“ oder „unchristliche“ Bergleute, sondern für alle ohne Unterschied und während die Belegschaft die Uberschicht einsetzt, die Bergleute durch Uberschichten auf den Hund treiben, zanken wir uns über des Kaisers Bart, über Weltanschauung, Materialismus und sonstigen künstlich erfundenen Unsinn, der niemand interessiert und versteht. Im Unglück oder wenn ein Zechengewaltiger die Krute recht scharf über die Belegschaft schwingt, sind sich die Bergleute einig, aber ist der erste Schmerz wieder vergessen, lassen sie sich von jedem Hanswurst leithammeln. Daß sie heute so behandelt würden, daß sie von der günstigen Konjunktur keine Vorteile hätten, daß man ihnen Uberschichten aufzwänge, setzen sie selbst schuld, denn jeder würde behandelt, wie er es verdiente. Wollten sie eine Besserung ihrer Lage, müßten sie sein einig Volk von Brüdern.

Der ungeteilte Beifall der Versammlung bewies, daß alle eine Einigung wünschten, und Herr Zimbusch, der Schimpfapostel aller „Christlichen“, war merkwürdig kleinlaut und meinte, auf wirtschaftlichem Gebiete seien wir jetzt schon einig, warum eine vollständige Einigung und Verschmelzung der Verbände heute noch nicht möglich sei, wolle er jetzt nicht erörtern. Er nannte den alten Verband nicht, sprach nicht von Sozialdemokraten und ließ die M.-Glabacher Pandorabüchse zu. Die Sekretäre Steger und Thiele verhielten sich ebenfalls sehr anständig und so verlief die Versammlung ruhig und würdig, als seien die Anwesenden sämtlich Mitglieder einer Organisation. Die von Seimpeters eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Von „Christlicher“ Seite wurde eine Resolution eingebracht, die Siebenerkommission aufzufordern, recht bald eine Sitzung abzuhalten und Stellung zur Lohnfrage und den Uberschichten zu nehmen. Eine von Verbands-Mitgliedern eingebrachte Resolution forderte noch, daß die Siebenerkommission auch zu der im Oberhausener Revier gehandhabten Sperre Stellung nehmen sollte. Die Resolution wurde lebhaft diskutiert und alle Redner waren mit der Tendenz derselben einverstanden, doch wurde auf die Abstimmung verzichtet, weil die Versammlung durch den Arbeiterauschmitt geleitet wurde und dieser sich laut Gesetz nur mit direkten Angelegenheiten der Belegschaft befassen darf, diese Resolutionen aber allgemeine Interessen berührten und deshalb der Ausschmitt keine Kompetenzen überschreiten würde und suspendiert werden könnte. Würden die Resolutionen zur Abstimmung gelangt sein, die einstimmige Annahme war sicher.

Die Bergleute sind sich in ihren Berufsfragen und wenn sie unter sich sind, heute schon einig. Die organisierte Uneinigkeit wird nur noch von Solbtknechten der Grubenbesitzer, Parteifanatiken und einigen Dummköpfen und Arbeiterhändlingen künstlich erhalten, doch die Macht der Tatsachen wird stärker sein, als der gute und böse Wille dieser Arbeiterzerpflitterer und so werden die Bergleute den Weg zur Einigkeit finden, trotzdem.

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

14]

(Nachdruck verboten.)

Er suchte den Weg wieder auf, rückte sich den Rock zu recht und schlenkerte die Milche aus, Lannennadeln und dürrer Zweiglein hingen daran.
 Kam die Beth denn noch nicht?! Er hatte sich verspätet, aber sie schien noch viel mehr. — Der würde er aber einen schönen Empfang machen, die Luft sollte ihr vergehen, sich so spät im Wald herumzutreiben!
 Da war ja der Kaisergarten. Da zwigte der Weg nach Großlitten ab, und da, unter dem Trupp himmelhoher Fichten, die abgegrenzt mitten im Buchengrün sich hoben, stand die Moosbank. So recht ein Nest für Pledspaare.
 Er suchte. Ein Chaischen war quer über die Straße gefahren, der braune Gaul mit hängenden Zügeln rupfte friedlich die Gräser am Grabenrand ab. Waren das nicht Pferd und Wägelchen vom Gastwirt Pauly zu Oberlitt? War der hier?!
 Reifes Kinderweinen schlug an Peters Ohr. War das nicht das Josefchen? Zwischen den Stämmen blinkerte eine Uniform. Wer war da?!
 Jetzt Lachen — das war die Beth!
 Mit einem Satz war er unter den Fichten. Nichtig, die Beth sah auf der Moosbank und neben ihr — traute er denn seinen Augen recht? — neben ihr sah ganz gemüthlich der schöne Gendarm von Oberlitt!
 „Beth!“ Er rief es so laut, daß der friedliche Gaul einen Satz machte und das Josefchen gellend aufschrie.
 „Aha, der Herr Gemahl!“, sagte der Gendarm und legte höflich die Hand an den Helm. In seinem vollwangigen Miß- und Blutgesicht vertieften sich zwei Gräbchen. Er hatte nicht umsonst bis zuletzt als Unteroffizier bei der Garde in Berlin gestanden, er wußte, daß man gegen die Männer hübscher Frauen artig zu sein hat, und wären es auch die größten Dumpe und Diebstahne.
 „Na, Herr Mißert!“, — er rückte in die Ecke der Bank und legte das Seitengewehr über die Knie — „rollen Sie nicht Platz nehmen?“
 „Na“, sagte Pittchen kurz. „Komm, Beth!“ Er sah sie jörnig an; sie schien das gar nicht zu bemerken; umständlich nahm sie von dem Gendarm Abschied und lächelte ihn an; die

Ptppen dabei stehend, daß ihr Pittchen am liebsten einen Schlag drauf gegeben.
 „Merkt, merkt, Gähr Schandarm, et waer e ju freindlich, dat Sie mech meigeholt haon! Pittchen, bedank! mech aach eh. Dän Gähr Schandarm waer zo Manderscheid, hän haot mech inwiltet, met uf dem Wägelche redur zo fahren. Duh haon eck et lommoh gehaot!“ Sie lachte vergnügt.
 Peter sagte kein Wort.
 Der Gendarm erhob sich und steckte zwei Finger hinter den mittleren Brustknopf der Uniform. „Ich heb's Ihnen schon gesagt, wenn Sie den Limweg über Großlitten nicht scheuen, schöne Frau, können Sie auch noch weiter mitfahren. Habe da noch Wichtiges zu tun; unser einem wird zu viel aufgedacht, keine Minute Pause, strammen Dienst bis zum späten Abend. Für mein schweres Geld hab' ich mir den Wagen vom Pauly genommen, nur um keine Zeit zu verlieren.“ Er gab sich ein sehr wichtiges Aussehen.
 Lucia sah ihn mit offenem Mund betwundernd an.
 Er machte eine einladende Handbewegung: „Steigen Sie nur auf, schöne Frau!“ Zu Pittchen sprach er mit Gönnermienen: „Für Sie ist auch noch Platz, Mißert!“
 Peter schielte ihn von unten herauf an. „Wißte met de großen Säbren Kerfchen äben, maach, datste de Steiner nei an dän Koab kriehst — nā, merci!“
 „Was wollen Sie damit sagen?“ Der Gendarm verstand den Dialekt noch nicht und witterte immer gleich eine Verhöhnung der Obrigkeit. Er versuchte seinem harmlosen Knaben-gesicht einen martialischen Ausdruck zu verleihen und zwirbelte den Schnurrbart aufwärts. „Nanu, was wollen Sie damit sagen?“
 „Reiß!“ Pittchen sah ihn unbesangen, eines blicke an, aber in seinem Inneren lachte es: „Wart, Dir spielen eck aach als ein Rossen!“ „n Kowend!“ Er zog Beth unwiderstehlich mit sich fort.
 „Lappert!“, brummte der Gendarm, als er ihnen nachschah. „Lappert!“, das war ungefähr das einzig Eiferliche, was er bis jetzt gelernt; es war gleichbedeutend mit dem hochdeutschen „Dummes Ruder“, und wurde hier bei den „dämlichen Bauern“ mit Vorliebe von ihm angewendet.
 „Autsch, rieh mech doch net, e ju“, schmalte Lucia, als sie ein Stück weit weg waren. Sie blieb stehen und sah sich um. „Wat soll eweil dän Gähr Schandarm denken?! Jekes, laoch mech doch los!“
 Er hatte sie unansehnlich am Handgelenk gefaßt, sie machte sich frei, mit Tränen in den Augen. „Autsch, eck aach jaee laant

allein! Laoch los! Eck haon e ju als schuns schwer zo schleppen, et es mer net lommoh!“
 Schmeigend nahm er ihr das Kind ab, dieses ganz in ein großes Tuch gewickelte Bündel; nur trug sie nur noch ein Paket, das war verschürt, und sie trug es mit besonderer Sorgfalt.
 „Wat haste laa?“ brummte er.
 „Aach eh!“ Ihr Gesicht hellte sich schon wieder auf, ihre Augen glänzten vor Vergnügen. „O ju ebbes Schienes, ju ebbes Monner-schienes! Waart, Pittchen, eck zeigen et der!“
 Liebhaft kniete sie nieder, legte das Paket leicht auf's weiche Moos und begann es aufzuschneiden. „Dau sollst Dein blaas Monner hehn“, schwachte sie dabei, „ju ebbes Schienes! Aach eh, hei, Pittchen! Aach eh!“ Sie schlug die Hände zusammen in eitel Glückseligkeit und lachte wie ein Kind.
 Da lag ein schöner roter Planetenunterrod und schimmerte grell auf dem dunklen Moos. Und daneben eine Ländelschürze von schwarzem Seidenstoff, unten mit hüner Blumenquirlende bestickt.
 „Haste ju ebbes schuns gefehn?“ flammelte sie entzückt; und dann geiff sie mit beiden Händen zu und hielt sich das viel zu kleine Seidenlappchen vor den starken Leib. „Wat werden sie laon!“ Sie jauchzte fröhlich.
 Er flaute auch über die Pracht, aber zugleich ergriß ihn eine plötzliche Unruhe, ein läches Unbehagen — wie kam Beth dazu?
 „Wuhär haste dat?“ fragte er finster.
 Sie lachte fröhlich: „Gejehent tritt!“
 „Gejehent tritt?“ wiederholte er. „Von Dein Lant doch ficher net; on Dein Modder haot jälwer net!“ Er sah sie lauern von der Seite an.
 „Dau, von dänen — nā!“ Nun lachte sie, daß sie sich schüttelte. „Dau dänen, ju ebbes Schienes?! Gahabada!“
 „Von wān dān?“ fuhr er sie an.
 „Dau, hau dān Pittchen“, — nach immer lachend. „Heß sie es heraus — von dem Gähr Reikenden, von dem freindlichen Gähr!“
 „Von wem dān?“
 „Wisse doch?!“ Er sprach auf sie zu wie ein Kaiser und rief ihr die Schürze vom Leib. „Gief her!“
 Das Lachen verging ihr, jammern suchte sie ihm die Schürze wieder zu entreißen. „Rein Schürz, Pittchen! Mein Schürz, mein Mein Schürz!“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Rüft Euch zur Reichstagswahl!

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat Ende Juni 1908 an die maßgebenden Parteinstanzen ein Zirkular gesandt, das die obige Spitzmarke trug. In dem Zirkular, das für die Öffentlichkeit vorerst nicht bestimmt war, wird auf die Reichstagswahlen 1908 hingewiesen und aufgefordert, rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen. Insbesondere sei es notwendig, die Organisationen auszubauen.

Durch eine noch nicht aufgeklärte und bedauerliche Inbiskretion ist dieses Zirkular auf den Redaktionstisch der „Freien Deutschen Presse“ „gefallen“. Das Organ Eugen Nischers, das sich nurmehr in den Händen des Dividenden- und Kolonial-Müllers befindet, hat nichts Eiligeres zu tun, als dies Dokument so rasch wie möglich und triumphierend der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es muß dem Müller-Sagan doch großen Schmerz bereitet haben, daß das Dokument absolut nichts enthält, was die Sozialdemokratie kompromittieren könnte. Im Gegenteil! Wir können stolz darauf sein, daß wir unsere Genossen schon jetzt — zwei Jahre vor den Reichstagswahlen — zu frischem frohlichen Tun auffordern. Im Grunde genommen läuft denn auch die Veröffentlichung des Zirkulars durch die „Freie Deutsche Presse“ nur darauf hinaus, die greisenhaft gewordenen Freisinnsmänner zu ermuntern, aus der Aufforderung unseres Parteivorstandes an die Genossen im Reiche die nötigen Konsequenzen zu ziehen, also ebenfalls schon jetzt die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen zu treffen.

Daß der Freisinn erst durch andere Parteien zur Arbeit angeregt werden muß, läßt allerdings tief bliken; es zeigt zur Genüge, daß er in sich also nicht mehr die Kraft hat, zu raten und zu raten.

Mit dem großen „Fischzug“ ist es also nichts. Und die vom Freisinnblatte ausgegebene „Parole“ kann nur Mitleid erregen oder höchst heiter stimmen!

Der „Erbe“ von Braunschweig.

Die widerpenstige Haltung der Braunschweiger, die durchaus keine Preußen werden wollen, hat die Berliner Drahtzieher veranlaßt, einen neuen Trumpf auszuspielen. Sie behaupten jetzt allen Ernstes, daß nicht der Herzog von Cumberland, sondern die Hohenzollern in Braunschweig erblich wären und arbeiten darauf hin, Braunschweig gleich Hannover und Hessen zu einer preussischen Provinz zu machen. Von einer „besonderen Seite“, die von der preussischen Regierung sicher nicht allzuweit entfernt ist, wird nämlich dem „Berliner Lokalanzeiger“ geschrieben: Der Wunsch des Landes, eine endgültige Regelung der Landes-Oberhoheit herbeizuführen, habe sich härter erwiesen, als man anzunehmen geneigt war. Es sei aber nicht zu erwarten, daß die vom Landtag gewünschten Verhandlungen mit dem Hause Cumberland zu dem erwünschten Resultat führen würden. Das Haus Cumberland habe sich dem Königreich Preußen stets feindlich gezeigt, und „hochherzige, in jüngerer Zeit unternommene Schritte des Trägers der preussischen Krone“ hätten „nicht die verdiente Würdigung“ gefunden. Die Herrschaft des Hauses Cumberland liege daher nicht im Reichsinteresse. Nach dieser in pathetischem Kanzleistil vorgetragenen, leider aber den Tatsachen fast widersprechenden Einseitigkeit läßt die besondere Seite mit folgenden kühnen Sätzen die schwarz-weiße Kage aus dem schwarz-weiß-rot gestreiften Sack springen.

Ein Mann von der Autorität Bismarcks z. B. hat der Zustimmung gegeben, daß die Rechte Hannovers durch die Einverleibung des Königreichs in Preußen an Preußen übergegangen sind. Da nun keinerlei Zweifel zwischen dem hannoverschen und dem braunschweigischen Linie des Welfenhauses ein gegenseitiger Erbvertrag abgeschlossen worden ist, so würde nach dieser Auffassung nach dem Erlöschen der braunschweigischen Linie die Krone Preußen als Rechtsnachfolgerin der hannoverschen Linie in Braunschweig erblich werden, so würde nach dieser Auffassung ein Erbvertrag zwischen dem hannoverschen und dem braunschweigischen Erbprinzen abgeschlossen werden können.

Diese juristischen Ausführungen des preussischen Offiziums beruhen auf einem großen Schwindel. Als die braunschweigische Linie des Welfenhauses im Jahre 1884 ausstarb, war von einem preussischen Thronfolgerrecht nur bei einigen mit harten Erblichkeitsinstanzen behafteten nationalliberalen Rabulisten die Rede. Ernstlich wurde das Successionsrecht der entthronten hannoverschen Linie nicht bestritten, und der Herzog von Cumberland konnte damals mit Recht ausführen: „Das Recht meiner Thronfolge steht nach der Landesverfassung und fürstlichen Familienordnung fest und ist von keiner Seite angefochten.“ Aber selbst wenn das dynastische Erbrecht der Hannoveraner angefochten würde, so kämen die in Oldenburg, Baden und England regierenden Häuser als nähere Erben in Betracht. Ueberdies darf nicht vergessen werden, daß die Einverleibung Braunschweigs in Preußen eine Veränderung der Verfassung des deutschen Reiches bedeuten würde, zu der die Zustimmung des Reichstags und einer qualifizierten Mehrheit des Bundesrats notwendig ist. Hier dürfte die zu Gunsten Preußens eingeführte verfassungsmäßige Bestimmung, daß die Reichsverfassung nicht geändert werden dürfe, wenn wenigstens 14 Bundesratsstimmen dagegen seien, zum Nachteil der preussischen „Erbansprüche“ anfallen. Denn die näheren Bundesfürsten wären noch schlimmeres als Loren, wenn sie auf Grund einer rechtsüberprüften Konstruktion die Uebermacht Preußens noch vermehren wollten.

Daß uns Sozialdemokraten der braunschweigische Seelenhandel, der uns auch der glückliche Erwerber sein mag, im allgemeinen kalt läßt, und daß wir es ganz den natürlichen Wesen überlassen müssen, sich für ihren Ernst August zu begeistern, braucht nicht ausführlich erklärt werden. Wir sind braunschweigische Republikaner

und stehen mit unserer Auffassung der Braunschweiger Verfassungsfrage ganz auf dem demokratisch-republikanischen Boden. Aber von den Monarchisten kann man durchaus nicht sagen, daß sie auf dem Boden des monarchistischen „Rechts“ ständen. Nach monarchistischem Recht gibt es für Braunschweig keinen anderen Herzog als den Herzog von Cumberland, und nichts kann uns daran hindern, die schamlose Heuchelei und Rechtsbeugung zu brandmarken, die von preussischen „Monarchisten“ in sehr durchsichtiger Absicht am braunschweigischen „Monarchenrecht“ versucht wird.

Im Zeichen der Fleischsteuerung. Während Robblekt noch immer Preußens Landwirtschaftsminister ist und zur Zeit auf einem seiner Güter Hasen und Hehe schlegt, die ihm gebraten und gefotten höchstwahrscheinlich trefflich munden, müssen sich die Kommunen und Staaten mit der Frage der Fleischsteuerung befassen und die Öffnung der Grenzen fordern. Wir sind in der Lage, heute drei derartige Beschlüsse mitzuteilen:

Der Brandenburgische Städtetag, der dieser Tage in Rültrin tagte, nahm eine Resolution Stegel (Charlottenburg) an, die die Aufmerksamkeit der Regierung erneut auf die anhaltende Fleischsteuerung lenkt und die Regierung ersucht, diesem Uebelstande durch Erleichterung der Vieheinfuhr und des Viehtransports nach Möglichkeit zu steuern. — Die Öffnung der Grenzen im Interesse einer Verringerung der Viehnot und der Fleischsteuerung wolle die Regierung der Thüringischen Staaten gemeinsam in einer Eingabe an den Reichstagsler fordern. — Eine große Versammlung der Fleischsteuerung in Leipzig verlangte in einer Resolution die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Aufhebung der sächsischen Schlachtsteuer in Anbetracht der hohen Fleischpreise.

Wie lange wird sich das Volk diese stupide Fleischsteuerungs- und Ausbürgerungsolitik noch gefallen lassen?!

Scharfmacher-Duett. Der Sonntagsartikel des „Vorwärts“ hat's der „Konservativen Korrespondenz“ angegan und die „Post“ hat selbstverständlich in dieselbe Kerbe. Das edle Schwesterpaar schreibt, beziehungsweise schreibt ab:

Im babylonischen Ruinenlande darf sich die Sozialdemokratie schon etwas erlaben. Dort darf sie getrost, ohne gestört zu werden, die Jugendlichen gegen den „Militarismus“, d. h. gegen die Dienstpflicht im Heere anheben. Ob sich aber das Deutsche Reich diese Unterminierung seiner Grundlagen von Baden aus weiter (1) gefallen lassen darf, ist eine andere Frage. Die Nachgiebigkeit der babylonischen Postverwaltung gegen die Sozialdemokratie ist ja von Berlin aus bereits korrigiert worden. Mit gleicher Energie sollte auch dem anderweitigen Entgegenkommen der sächsischen Ministerländer Baden und Hessen zu der „Jungen Garde“ ein Ende gemacht werden.

Mancher Iern's nie — so heißt ein altes Wort. „Konservative Korrespondenz“, „Post“ und ihre Sippen werden es nie begreifen, daß Kultur-bewegungen nicht mit Knüttel und Dreschflegel niedergeschlagen werden können.

Preussisches Polizeiregiment. Aus Gütse biese in der Neumark, wo sich die Genossen des Wahlkreises Königsberg in der Neumark befanntlich ein eigenes Versammlungslokal gebaut haben, wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Vor einiger Zeit haben wir schon über Vorkommnisse berichtet können, die fast an russische Zustände erinnerten. Mehrere Male sind bekanntlich in unserem Vereinshaus Biergläser und Schanzgerätschaften durch die Ortsbehörde im trauten Verein mit den Gendarmen der Umgegend und im Eimerständnis mit dem Landrat konfisziert worden. Am letzten Sonntag war nun eine neue bedrückende Maßregel zu verzeichnen. Die Genossen hatten für die Räume des Vereinshauses eine Langspielbarkeit des Maurergewerereins, die unter Teilnahme geladener Gäste, also als Veranstaltung einer geschlossenen Gesellschaft stattfinden sollte, bei der Ortsbehörde rechtzeitig angemeldet. Am Sonntag, als sich alle Teilnehmer fast vollständig eingehunden hatten, erschienen zwei Gendarmen und erklärten, daß sie per Telegramm die Ordre bekommen hätten, die Langspielbarkeit unter allen Umständen zu verhindern. Sie gingen davon aus, daß nicht ab, als der Genosse, der am betreffenden Tage Geburtstag hatte, erklärte, er würde unter diesen Umständen alle Erschwerenen als seine Gäste betrachten und beherbergen. Es blieb kein Zweifel darüber, daß die Gendarmen ebenfalls selbst durch Anwendung von Gewalt das Tanzverhindern sollten.

Da der Amtsbefehl am Sonnabend Nachmittag schon ein derartiges Verbot gefandt hatte, hatten die Genossen sofort telegraphisch beim Regierungspräsidenten die Zurücknahme des Verbots beantragt. Sie sind aber heute noch ohne Bescheid.

Die Arbeiter wollten schließlich ihren gerechten Zorn hinunter und fanden sich, so gut es ging, mit der Sachlage ab. Bier und Speisen wurden an gemeinnütziger Tafel unter Abwesenheit stimmungsvoller Ueber des Arbeitergewerereins „Wach auf“ bezehrt. Als dann die anwesende Musikabteilung dem Geburtstagskinder ein Ständchen brachte, nahm die Fete auch ohne Tanz schönen Fortgang und in später Stunde ein recht vergnügtes Ende.

Daß der Landrat durch solche Maßregeln für die Sozialdemokratie wirkt, wird er spätestens bei den nächsten Reichstagswahlen erfahren.

Die Majestätsbeleidigung als Rettungsausrüstung. Unser Braunschweiger Parteiblatt meldet: Sonntag Nachmittag trat der Gelegenheitsarbeiter Adolf Decker aus Lüßel, zur Zeit ohne festen Wohnsitz, auf dem Radelfeld an einen Schuhmann heran mit der Bitte, ihn doch zu verhaften. Auf die Frage nach dem Grunde erklärte D., daß er von Hannover komme und sich die Fäße wund gelassen habe; er könne nicht mehr weiter.

Als ihm der Schuhmann erklärte, daß das zu einer Verhaftung noch nicht genüge, vielmehr möge er, falls er kein anderes Unterkommen finden könne, ins Pflegenhaus gehen, lief D. laut aus: „Verflucht ist der ganze deutsche Staat...“ (es folgte eine heftigste Flüche über den deutschen Kaiser). Hiermit erfolgte sofort D's Verhaftung.

Die Wirkungen der Fahrkartensteuer kommen offenbar schon zum Ausdruck in der geringen Steigerung der Einnahmen der preussischen Eisenbahnenverwaltung aus dem Personenverkehr im Monat August. Sie sind nur um ein Geringes höher als die

Einnahmen im selben Monat des Vorjahres, während die Monate April bis Juli eine ziemlich starke Steigerung der Einnahmen hatten. Während im April d. J. die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr um 11,1 Prozent, im Mai um 11,8 Prozent, im Juni um 8,4 Prozent, im Juli um 6,5 Prozent stiegen, betrug im August die Zunahme nur 3,5 Prozent. Beim Güterverkehr berechnet sich dagegen die prozentuale Steigerung im April auf 11,0, im Mai auf 11,5, im Juni auf 10,5, im Juli auf 11,0 und im August auf 9,2 Prozent; sie war also in den letzten Monaten erheblich höher als beim Personenverkehr. Im einzelnen sei bemerkt:

Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr beliefen sich auf 49,989,000 Mark gegen 48,224,000 Mark im August 1905, lagen also um 1,765,000 Mk. über den vorjährigen. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr betrugen 108,212,000 Mark gegen 94,528,000 im Vorjahre, also jetzt 8,699,000 Mark mehr. Aus sonstigen Quellen sind vereinbart 9,502,000 Mark gegen 8,888,000, so daß die gesamten Einnahmen 162,604,000 betragen gegen 151,344,000 im August 1905, 141,167,000 im August 1904 und 135,445,000 im August 1903, also jetzt 11,26 Millionen Mark mehr als im Vorjahre und 27,16 Millionen Mark mehr als vor drei Jahren.

Das Steigen der Einnahmen aus dem Güterverkehr lehrt, daß nicht etwa ein allgemeines Abflauen des Verkehrs dies Zurückgehen der Steigerung erklären kann. Die Annahme erscheint deshalb gerechtfertigt, daß infolge der Fahrkartensteuer die Fahrt in die niederen Klassen tatsächlich eingetretet ist.

Für die Landtagswahl im Kreise Ranche-Bejitz. den der verstorbenen Prof. Dr. Kropatschek vertrat, ist von den Konservativen Kommerzienrat Regenthin-Brandenburg als Kandidat aufgestellt worden.

Ein neuer Titel ist einzelnen Lehrern in Regierungsbezirk Allenstein beigelegt worden. Das dortige amtliche Schulblatt brachte unlängst die Nachricht, daß dem Lehrer W. in D. gestattet worden sei, die „Schweinezeitschrift“ zu führen, und schon in der nächsten Nummer wurden zwei weiteren Lehrern der Titel „Schweinezeitschrift“ beigelegt. Man sollte der Schulkat noch zum Ober-Schweinezeitschrift abnancieren!

1 Million Lohnaufbesserungen. Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen bewilligte 1 Million Mark jährlicher Aufwendung zur Lohnaufbesserung für die gesamte Arbeiterschaft. Man kann also die Praxerei losgehen.

Bei der Landtagswahl im ersten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Olschkeim wurden insgesamt 865 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Landgerichtsdirektor Dr. von Campy in Olschkeim (nat-lib) 270, Gemeindevorsteher Nantenberg in Lübnitz (D. d. L.) 95 Stimmen. Campy ist somit wiedergewählt.

Ein preussisch-mecklenburgischer Grenzkonflikt. Ein Grenzstreit zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz schwebt seit einiger Zeit. Es handelt sich um Festsetzung der Hoheitsrechte über einen Teil des Ragerburger Sees. Nachdem das Altonaer Landgericht sich bereits mit der Sache anlässlich eines Strafverfahrens befaßt hatte, wird jetzt auf Vorschlag des zuständigen preussischen Regierungspräsidenten die Grenzfrage von einem aus beiden Staaten zusammengesetzten Schiedsgericht geregelt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ benennt die Nachricht, daß die Firmen A. Koppel und Hermann Nachstein, bereits die Erlaubnis zur Fortführung des Bahnhofs-Überbaubuch-Kubus nach Keetmanshoop erwirkt hätten. (?) — In der Sitzung der Internationalen Konferenz für Krebsforschung in Frankfurt a. M. wurde ein Antrag des Präsidiums, eine internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Krebskrankheit zu begründen, einstimmig angenommen. — Die Generaldirektion der Bundesbahnen in St. Gallen beschloß die Einführung des Neunkundentages in ihren Werkstätten, ferner eine Erhöhung der Löhne und die Gewährung von Ferien an die Werkstättenarbeiter. — Das Hamburger merikanische Generalkonsulat erhielt auf eine telegraphische Anfrage betreffend die am 24. d. M. von einer ausländischen Depesch-Agentur verbreitete Nachricht, wonach in mehreren Städten der Provinz Veracruz eine Revolution gegen den Präsidenten Diaz ausgebrochen sei, von der Regierung den Bescheid, daß die Nachricht gänzlich falsch ist. Das Land sei ruhig.

Ausland.

Christlich-soziale Schandwirtschaft. In geradezu unverantwortlicher Weise haben die Christlich-Sozialen in Wien eine Krankenkasse verwaltet. Sie setzten einen gewissen Bernhofer, der schon von vornherein als ein zweifelhaftes Subjekt bekannt war, zum Verwalter des neuen Unternehmens ein. Bernhofers Befähigung zu dieser Stellung beruhte lediglich auf Dienen, die er der Partei geleistet haben soll. Nach etwas mehr als einem Jahre verließ er die Partei und Bernhofer mit dem Rest der Kasse, die er konsequent bekohlen hatte. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß man nicht nur mit einem Diebe zu tun hatte, sondern eine ganze Sippe Christlich-Sozialer sich getrennt in die Verdrandation geteilt habe. Alle Bemühungen von Seiten des Bertelbiger, der die Partei reinzuwaschen wollte, vermochten nicht die Christlich-Sozialen von dem Walel zu befreien, daß armer Leute Geld durch schlechte Verwaltung verloren gegangen war.

Die Wirtschaft hört ich wohl. Der „Temps“ berichtet die fast ungläubliche Neuigkeit, daß England bereit wäre, seine Marine abzurufen, wenn Deutschland das ebenfalls täte. Für England kommt, da England noch auf Jahrzehnte ausgeschaltet sein wird, zur See nur Deutschland in Betracht. England ist der Meinung, daß eine Konkurrenz, wie sie gegenwärtig zwischen den beiden Ländern besteht, unbedingt zum wirtschaftlichen Ruin des einen oder anderen Landes führen muß und will daher, da es heute noch die Uebermacht hat, zuerst den Vorschlag zur Abrüstung machen. Sollte diese Kunde wahr sein, so ist es doch immer noch sehr zweifelhaft, ob Deutschland sein Stiefkind so leicht abtreten wird.

Das Phosphorverbot bei der Berner Konferenz. Trotz dem die große Gefährlichkeit des weißen Phosphors für die Hundsgesundheit allgemein anerkannt ist, weigert sich nicht nur Japan, das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors anzunehmen; Oesterreich macht seine Zustimmung von der Stellung Japans abhängig. Da nun Japan für 7 Millionen Kronen Weißphosphor jährlich ausführt, wird es wahrscheinlich sich diesen einträglichen Berufsgegenstand nicht schmälern lassen, wodurch Oesterreich erreicht, daß die eine Million Kronen, die sein Export nach Ostanien repräsentiert, ihm auch gesichert bleibt.

Die Nacharbeit der Frauen. Wie aus Bern berichtet wird, unterzeichnete die internationale diplomatische Konferenz für Arbeiterchutz in ihrer Schlussung die Konvention über die Nacharbeit von Frauen in industriellen Betrieben. Die Delegierten von Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Schweden und der Schweiz reichten einen Antrag ein, wonach die durch die Konvention im Zweifel gelassenen Fragen der Prüfung einer Kommission sollen unterbreitet

werden können, in der jeder Staat durch einen Delegierten vertreten wäre. Die Kommission sollte eine rein beratende Aufgabe haben und würde in keinem Falle eine Enquete vornehmen oder sich in die Verwaltung der Staaten einmischen können. Sie würde nur über die ihr unterbreiteten Fragen einen Bericht zu erstatten haben, der den vertragsschließenden Staaten mitgeteilt würde. Dieser Antrag wäre in eine Konvention umzuwandeln, sobald alle Signatarmächte der Konvention ihm beigetreten sind.

Im französischen Ministerrat legten die Minister Bourgeois und Doumergue den Stand der gegenwärtigen Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien dar. Der Minister entschied, daß im Falle bis 1. Oktober kein Einverständnis erzielt werde, der bisherige modus vivendi um einen Monat verlängert werden kann.

Noch immer der Streit um Kuba. Die gemäßigte Partei ist dahin übergegangen, eine Kommission zu ernennen, um mit den Aufständischen über die Friedensbedingungen zu unterhandeln. Die Entscheidung in den Streitigkeiten soll Laft und Bacon überlassen werden. Die gemäßigte Partei ließ die Bedingung fallen, daß die Aufständischen die Waffen niederlegen müßten.

Die russische Revolution.

Der Großherzog von Hessen beim Zaren?

Der Großherzog ist am Montag auf 10 Tage im strengsten Intognito, vermutlich nach Rußland, verreist.

Odeffa.

Am 26. d. Mts. Nachts wurden in der Umgegend der Stadt Odeffa furchtbare Mordtaten verübt, denen eine jüdische Familie von vier Personen und eine christliche von drei Personen zum Opfer fielen.

Eine allgemeine Studenten-Versammlung beschloß, nachdem die 1/4-jährige Sperrung der Universität aufgehoben ist, die politische Organisation der Studenten wieder aufzunehmen. Die Regierung hat den Studenten die Versammlungsfreiheit parastriert?

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. September.

Der deutsche Städtetag, in dem zur Zeit 152 mehr als 25.000 Einwohner zählende Städte mit zusammen rund 14 Millionen Einwohnern vereinigt sind, hatte in seiner letzten Tagung beschlossen, eine Städtetags-Zentrale in Berlin einzurichten. In diesen Tagen ist nun die Eröffnung erfolgt. Die mit einer Bücherei verbundene Zentrale erteilt Auskunft über alle städtischen Einrichtungen. Dort werden ferner Studien über deutsches Städteverwaltungs- und Städteverfassungsrecht, ferner über Städtewesen, Städteentwicklung und Stadtgeschäfte an der Hand eines vollständig gestellten Stoffes angestellt. Die dem Deutschen Städtetage als Mitglieder angehörnden Städte — auch Breslau zählt darunter — haben sich verpflichtet, sämtliche in ihrem Verwaltungsbereich hergestellten und mit dem städtischen Leben zusammenhängenden wichtigeren Drucksachen zc. kostenfrei an die Zentrale abzuliefern.

Der Breslauer Krawallprozeß und die Rechte der Arbeiter. Was die Breslauer Arbeiterschaft von unseren Gerichten und von der Polizei zu erwarten hat, wenn sie es wagt, ihr Recht zu fordern und zu vertreten, der sogenannte Krawallprozeß hat es wieder in aller Klarheit bewiesen. Darum ist es notwendig, daß die Breslauer Arbeiterschaft in aller Deffenlichkeit zu diesem Prozesse und seinen Ergebnissen energisch Stellung nimmt. Das Gewerkschaftskartell beruht aus diesem Anlasse für den nächsten Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, vier große Volks-Versammlungen ein, in denen die Genossen Haba, Kaul, Philipp und Schöllch über notwendige Folgerungen sprechen werden, die von der Breslauer Arbeiterschaft aus den Ergebnissen des Prozesses gezogen werden müssen. Die Versammlungen finden statt: für den Westen im Lokale des Herrn Hansel in Bepelwitz, für den Norden im „Vergelteller“, für den Osten im „Goldenen Septer“ und für den Süden im „Livolli“.

Vor allem ist es nun die Pflicht aller Genossen, für einen Massenbesuch der Versammlungen durch eifrige Agitation Sorge zu tragen.

Eine polnische Volksversammlung findet Sonntag, den 30. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in der „Scala“, Nikolaistraße 27, statt. Es handelt sich in erster Reihe darum, die polnischen Arbeiter Breslaus über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie aufzuklären. Nicht eines jeden deutschen Genossen ist, seinen polnischen Arbeitskollegen auf diese Versammlung, zu der auch Frauen Zutritt haben, aufmerksam zu machen.

Für die jugendlichen Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe veranstaltet die Sektion der jugendlichen Arbeiter des Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiterverbandes am kommenden Sonntag, den 30. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, wiederum eine Versammlung, und zwar im „Wär auf der Orgel“, Kupferschmiedestraße 35. Unsere Leser und Genossen werden gebeten, ihre Söhne und Pflegebefohlenen auf die Versammlung hinzuweisen und sie zu deren Besuch zu veranlassen.

Die Volksvorstellungen des Sozialdemokratischen Vereins, diese seit Jahren den Breslauer Arbeitern lieb gewordene Veranstaltung, sollen auch im bevorstehenden Winter in der bisherigen Form fortgeführt werden. Bereits der erste Sonntag im Oktober, der 7. seines Namens, wird uns die Eröffnung unserer Theatersaison bringen. Um den großen Mann zu ehren, der in der theaterlosen Zeit von uns gegangen ist, um Hofens Gedächtnis, des Mannes, dessen Schaffen gerade uns so nahe steht, zu feiern, soll eine seiner tiefinnigen Werke „Die Gespenster“ zur Auf-führung gelangen. Die Ausgabe der Billets erfolgt diesen Sonntagabend, den 29. September, Abends, im Gewerkschaftshause.

Die Preise der Plätze sind folgende: 1. Rang 70 Pf., Parkett und Orchester 60 Pf., Balkon 50 Pf., Sperrsitze 50 Pf., Seiten-Balkon 40 Pf., 2. Rang 30 Pf., 3. Rang 20 Pf., Galerie 10 Pf.

Beim bevorstehenden Wohnungswechsel richten wir an unsere Leser das bringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“-träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der

Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monats-ersten runden sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Zeitungsfrau, die ihnen die „Volkswacht“ nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir bringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen.

Für die Freireligiöse Gemeinde wird kommenden Montag, den 1. Oktober, der unseren Lesern und Genossen bekannt Genosse Otto Kahl aus Leipzig, der sich auf einer Agitationsreise durch Schlesien befindet, im Deutschen Kronprinzen über das Thema „Glauben und Wissenschaft“ und Dienstag, den 2. Oktober über „Die Religion in der Schule“ sprechen. In beiden Versammlungen sind auch Genossinnen und Genossen eingeladen.

Über die neue Gasanstalt in Dürregeh haben wir bereits vor einigen Wochen verschiedene Mitteilungen gebracht.

Der Stadtverordnete Schäl, der zur Fraktion der freien Vereinigung zählt, hat der Stadtverordnetenversammlung die Mitteilung machen lassen, daß er mit Ablauf dieses Jahres sein Amt als Stadtverordneter niederlegt und entschlossen ist, ein weiteres Mandat nicht mehr anzunehmen.

Unser Breslauer Zeitungswasser besteht zu drei Teilen aus Oberwasser und zwei Teilen aus Grundwasser.

Das Adreßbuch für 1907. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit des Breslauer Adreßbuchs hat der Verlag dieses Nachschlagewerks den Hausbesitzverwaltern beim Verwaltern für den Jahrgang 1907 zur Beteiligung an die Hausbesitzverwalter die Listen persönlich ausfüllen. Selbständige Gewerbetreibende, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht ausgestellt wurde, mögen auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, da diese als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benützt wird. Die Abholung der Listen beginnt am Donnerstag, den 4. Oktober.

Der Breslauer Kosmopoliten-Verein hält nächsten Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr, im großen Saale von Böttcher (Neue Gasse) die ordentliche Generalversammlung mit nachfolgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1906; 2. Wahl der Revisionskommission; 3. Bestätigung von Kooperationswahlen für den Verwaltungsrat. (S. 15 der Vereins-satzungen). — Die zur Generalversammlung erscheinenden Abgeordneten der Vereinsmitglieder haben sich beim Eintritt durch das auf ihren Namen angelegte Quittungsbuch und durch die ihnen zugehende Einladung zu legitimieren.

Von den städtischen Fortbildungsschulen. In den hiesigen städtischen Fortbildungsschulen schließt das Sommersemester am 28. d. Mts. mit der Entlassung derjenigen Schüler, welche bis zum 30. September das 17. Lebensjahr vollenden. Das Wintersemester beginnt am 10. Oktober und bringt mehrfache Neuerungen im Betriebe derselben. Als hauptsächlichste gilt die Anstellung von Lehrern im Hauptamt. Nachdem die städtische Fortbildungsschuldeputation die Wahl vollzogen und die maßgebende Behörde die Bestätigung erteilt, treten an der gewerblichen Fortbildungsschule ein die Lehrer: Otto Rothe (ev. Volksschule 24), Geimann (kath. Knaben-Mittelschule), Mantel (ev. Volksschule 45), Alois Schmidt II (kath. Volksschule XIV). An der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule gelangen mit dem 1. Oktober zur Anstellung: Lehrer Christian (kath. Volksschule XXV), Knauerhaus (ev. Volksschule 81), Wilhelm Ludwig (evang. Volksschule 18) und Scheurig (ev. Volksschule 27). In dieser Schule ist auch als neuer Unterrichtgegenstand die Stenographie eingeführt worden nach dem System Gabelberger und Stolze-Schrey.

Ein Rekrutenabschiedsfest veranstaltet morgen Sonntagabend, den 29. September der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ Gortlieb-Krieten. Auf dem Programm finden wir ein Kunst- und Reigenfahren, ferner turnerische Aufführungen und humoristische Vorträge. Um 12 Uhr wird eine große Festpolonaise durch den benachbarten erleuchteten Garten geführt werden. Der Anfang des Festes ist auf 7 Uhr festgesetzt. Der Eintritt kostet an der Kasse für Herren einschließlich Dame 75 Pfg., für Damen 30 Pfg., im Vorverkauf 50 bzw. 25 Pfg.

Ein 19. Stiftungsfest feiert am Sonntagabend, den 29. September, der Gesang-Verein Breslauer Futimacher (Mitgliedsschaft des Arbeiter-Längerbundes; Dirigent Vogel) im Saale des Gewerkschaftshauses Margaretenstraße 17. Das Programm bringt außer einem Instrumental- und Vokalkonzert humoristische Vorträge, Theater und einen gemächlichen Tanz mit Blumenpolonaise. Der Anfang des Festes ist auf 8 Uhr festgesetzt. Der Eintritt kostet pro Person 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.

Bestohlen wurden aus einem Keller auf der Gottschalkstraße zwei Körbe Äpfel, aus einem Schulhaus ein Jodett mit Goldknöpfen und ein Kinderschirm.

Ueberfahren. Am 26. d. Mts. wurde auf der Bräberstraße eine Witwe durch einen Handwagen umgefahren und schwer am Kopfe und am rechten Bein verletzt.

Die Gefahren der Arbeit. Am Mittwoch verunglückte ein Steinmetz in einer Werkstatt auf der Orlauer Gasse beim Einsetzen eines Dreiholzes, wodurch er schwere Wunden im Gesicht sowie einen Nasenbruch erlitt.

Vermißt wird seit dem 25. d. Mts. der 58 Jahre alte Bahnarbeiter August Bohl, Hohenstraße 1.

Schornsteinbrand. Am 26. d. Mts. Vormittags wurde die Feuerwehre nach Auguststraße 48 gerufen, wo in einem Schornstein etwas Ruß in Brand geraten war.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Fabrik- und Biegelarbeiter von Klettendorf und Umgegend. Sonntag, den 30. September, Vormittags 11 Uhr findet eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung statt. Alle in Fabriken und Biegelereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Die Versammlung findet bei Herrn Kiewitz in Oppertan statt.

Deutscher Metallarbeiterverband (Bauanschlüsse). Sonntag, den 30. September, Vormittags 10 Uhr. Zusammenkunft der Kollegen bei Parisch, Friedrich-Wilhelmstraße.

Die Ortsverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Reichenbach, 26. September. Freisprechung. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich abermals die Schuhmacher P. Schmidt und G. Kopp wegen Vergehens wider das Preßgesetz zu verantworten. Sie hatten Einladungs-zettel zu einer Versammlung verbreitet. Das Gericht nahm von einer Beweiserhebung Abstand und verzichtete auf die Jugendvernehmung. Die Angeklagten beriefen sich auf das Urteil vom 8. August, welches mit der Freisprechung des Genossen Sch. ge-

endet hatte. Auch heute stellte sich das Gericht wieder auf dem Standpunkt, daß es nicht darauf ankomme, ob die Verbreitung öffentlich oder auf dem Fabrikgrundstück erfolgt sei, sondern darauf, ob die Arbeit der Verbreitung bezahlet worden sei. Diesen Nachweis vermochten die Angeklagten zu erbringen, indem sie die Quittungen vorlegten. Das Gericht erkannte daher auf Freisprechung. Ein Antrag des Genossen Sch., ihm den durch diesen Termin erzwungenen Zeitverlust zu entschädigen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Neueste Nachrichten.

Aus Mannheim

wird uns telegraphisch mitgeteilt: Der Antrag Legien-Debel wird mit 328 gegen 62 Stimmen angenommen, wonach Senoer Beschluß über den Massenstreik bestätigt und erklärt wird, daß der Kölner Beschluß nicht damit in Widerspruch steht. Es wird ferner eine Resolution Debel angenommen, worin Parteigenossen verpflichtet werden, politische und gewerkschaftliche Organisationen zu unterstützen und der Parteivorstand verpflichtet wird, mit der General-Kommission den Massenstreik, wenn nötig, zu proklamieren. Die Resolution erklärt die Gewerkschaften für nicht minder notwendig wie die Partei. Sie müssen aber vom Geiste des Sozialismus erfüllt sein. Beide Instanzen sind verpflichtet, sich bei Aktionen gemeinsam zu verständigen. — Damit ist die Massenstreik-Debatte erledigt.

Byklon in Algier.

Ein heftiger Byklon verheerte Nemours. Er vernichtete Gärten und zerstörte zahlreiche Gebäude, darunter mehrere der Militärverwaltung gehörende Gebäude. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Soweit bisher bekannt ist, sind drei Personen umgekommen, doch befürchtet man, daß die Zahl der Toten noch höher ist.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Freitag, den 28. September.

	Temp.	Wind	Nebel.	Temp.-Grt.	Wetter	
Rosenhals b. Br.	10	W 4	2	10	6	Nebel
Deutchen DE.	7	W 3	0	9	4	wolkig
Jablonschwerdt	6	E 1	1	9	5	—
Schneekoppe	—	—	—	—	—	halbedeckt
Wetitz	9	W 2	0	11	4	bedeckt
Ditrowo	9	W 3	0	9	7	—

Schneekoppe fällt von jetzt an bis zum Frühjahr fort.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

27. u. 28. September.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Aufwärme (O.)	+ 8,8	+ 7,9	+ 9,2
Lufdruck bei 0° (mm)	760,4	759,9	758,4
Dunstdruck (mm)	6,2	7,6	7,5
Dunstfälligkeit (pCt.)	75	96	88
Wind (0-12)	W 2	W 2	W 2
Wetter	bewölkt	bedeckt	bedeckt

Bewegungen.

* **Siebichs** Abfertigung. Sonntagabend, den 29. September, findet eine reichhaltige Nachmittagsvorstellung statt.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. I. Telegraphenarbeiter Karl Schöke, 19 J. — Alfred, S. des Schlossers Julius Wilhelm, 3 M. — Else, T. des Eisenbrechers Paul Kallert, 4 M. — Walter, S. des Schlossers Max Schlingens, 1 J. — Charlotte, T. des Kesselschmieds Max Jung, 8 W. — Hedwig, T. des Hauswärters Paul Brinke, 1 J. — Frieda, T. des Wüstlers Karl Bierel, 2 M. — Restaurateursfrau Sophie Klink, geb. Dada, 22 J. — Wirtschaftler Job. Sebastian, 65 J. — August, S. des Schneiders Gustav Neumann, 1 J. — Arbeiterwitwe Anna Schäfer, geb. Schirmer, 62 J. — Kinderpflegerin Anna Tiegel, 17 J. — Kaufmannswitwe Ottilie Siegmund, geb. Winkler, 74 J. — Kanjierer Karl Tixe, 58 J. — Handelsmann Heinrich Meißner, 74 J. — Barbier Rob. Ringe, 65 J. — Marie, T. des Arbeiters Josef Tiegel, 7 J. — Friedrich, S. des Wäschers Franz Wetzorel, 4 J. — Arbeiterwitwe Karoline Köhler, geb. Schenemann, 80 J. — Dorothea, T. des Arbeiters August Stefan, 4 M. — Kutscher Karl Preuß, 24 J. — Arbeiterwitwe Elisabeth Freund, geb. Petrad, 80 J. — Charlotte, T. des Kaufmanns Oskar Krause, 8 M. — Nachtwachmann Ernst Kalligke, 74 J. — Tischlersfrau Bertha Baron, geb. Michaelis, 40 J. — Hellmuth, S. des Fleischers Franz Gaarnotta, 7 M. — Schlosser Kurt Gringmuth, 26 J. — Arbeiter Karl Becker, 58 J. — Eisenhobler Christian Hübner, 65 J. — III. Mähelein Hedwig Scholz, 36 Jahre. — Schneider Anton Koblmann, 38 J. — Will, S. des Arbeiters Franz Scholz, 7 M. — Emma, T. des Arbeiters Robert Rabich, 6 Wdn. — Franziska Reimann, geb. Krause, 49 J. — Oskar, S. des Buchhalters Paul Hammer, 2 Mon. — Fräulein Kaufmanns Karl Scholz, 80 J. — Königl. Lehrer Bahnecker 1. Kl. a. D. Gustav Wäde, 62 J. — Marie Roschitzke, 36 J. — Rosina Billig, geb. Fäyemann, 85 J. — Fräulein Wüstler Julius Lomax, 70 J. — Rudolf, S. des Schneiders Paul Raschner, 6 Mon. — Frau Ida Koffak, geb. Werner, 51 J. — Rentier und Hausbesitzer August Nikolaus, 78 J. — Frau Johanna Nickel, geb. Duhl, 73 J. — Frau Veronika Reß, geb. Deuss, 67 J. — Margarete, T. des Mechanikers Carl Schorch, 3 Mon. — Harry, S. des Hansh. Richard Bengler, 1 Mon. — Bertha Schlangsh, geb. Scharinger, 68 J. — Schneiderin Anna Pauli, 46 J. — Hospital-Fürsorger Heinrich Bürgel, 55 J. — Hildegard, T. des Tischlers Friedrich Käbe, 1 J. — Erna, T. des Tischlers Fritz Kramer, 11 Wdn. — Katharina, T. des Drechslerarbeiters Robert Kubner, 3 Wdn. — Viktoria August August David, 44 J. — Frau Louise Wolff, geb. Krause, 73 J. — Gerbert, S. des Eisenbrechers Richard Reicheit, 4 Mon. — Frau Martha Ulrich, geb. Spindler, 81 J. — Gertrud, T. des Klempners Stanislaus Jais, 16 J. — Will, S. des Arbeiters Georg Sauer, 4 Mon. — Arbeiter Richard Dahn, 56 J. — Klara, T. des Arbeiters Paul Diebel, 8 Mon. — Jemgard, T. des Schneidemeisters Eduard Krauschmidt, 5 Mon. — Frau Bertha Hoffert, geb. Fleischer, 26 J. — Abete, T. des Buchhalters Paul Hammer, 3 M. — IV. Konfektionschneid. Gertrud Strigwaner, 21 J. — Arbeiterwitwe Marie Köhler, geb. Hoff, 61 J. — Ulrike, T. des Schlossers Will. Friege, 5 Mon. — Friedrich Weigelt, ohne Beruf, 15 J. — Reinhold, S. des Damendressiers Paul Wäde, ev., 1 Mon. — Joseph, S. des Damendressiers Paul Wäde, ev., 1 Mon. — Köppler Paul Wäde, 27 J. — Fräulein Maschinenarbeiterin Gottlieb Hippel, 63 J. — Rosenkranzsektor Josef Schärer, 55 J. — Landwirt Hermann Kothe, 72 J. — Fritz, S. des Tischlers Paul Rogwitz, 1 J. — Mechaniker Hans Kollmann, 29 J. — Fräulein Wirtschafterin Theres Stier, 70 J. — Rentnermutter Maria Stachowatz, 69 J. — Otto, S. des Stellmachers Robert Schwarz, 5 M. — Gustav, S. des Kutschers August Politz, 5 Stb. — Schramm-Frau Emilie Uberschär, geb. Wäde, 37 J. — Amtsgerichtsrat Hedwig Frauenstädt, geb. Wäde, 65 J. — Rudolf, S. des Juweliers Paul Dieb, 1 J. — Maschinenbetriebswitinne Käthe Schmalz, geb. Lange, 83 J.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neus-Druckerei, 5/6. — Verlag von Oskar Schöke. — Druck von Th. Schöke & Co. in Mannheim. — Nummer 1000.

Morgen der letzte Tag!

Der grösste Teil unseres Lagers ist bereits verkauft und was noch von demselben übrig ist, können Sie haben zu dem lächerlich niedrigen Preise von

25 Pfennigen das Stück inklusive Fassung.

Dieser Preis ist doch gewiss eine besondere Gelegenheit, denn Tausende und Abertausende sind verkauft worden zu 6 Mk. das Stück

Bera Diamanten

hervorragende Imitation.

Bera American Diamond Palace, Schweidnitzerstr. 54.

4223

Stadt-Theater.

Freitag:
"Tannhäuser."
Sonntag:
"Maria Magdalene."
Samstag:
Nachmittag 3 1/2 Uhr:
"Die Heilige."
Abend 7 1/2 Uhr:
"Der Mohr von Venedig."
Abend 7 1/2 Uhr:
"Die Augenlosen."

Lobe-Theater.

Freitag:
"Eherlod Solmes."
Sonntag:
"Dreissig in der Unterwelt."
Samstag nachmittag 3 1/2 Uhr:
"Der Bettelstudent."
Abend 7 1/2 Uhr:
"Eherlod Solmes."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Sonntag:
Engle R. S. Vorstellung:
"Minna von Barnhelm."

Thalia-Theater.

Sonntag abend 7 1/2 Uhr:
"Frühlingstau."
Vollverkauf Sonntag abend von 10-2 Uhr im Thalia-Theater.

Etablissement „Wilhelmsburg“

Hendendorfsstr. 54.
Sonntag, den 29. September 1906:
Rekruten-Abschiedskränzen
verbunden mit Kunst- und Reigenfahrten, musikalischen Aufführungen zu Stad- und häuslichen Bezügen, veranstaltet vom Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts“, Hartlieb-Krieger.
Um 12 Uhr: Große Polonaise mit feierlich benutzlicher Beleuchtung des Gartens.
Anfang 7 Uhr. — Ende ??
Eintritt: An der Kasse Herr inkl. Dame 75 Pf., Dame 30 Pf.
Im Vorverkauf 60 „ 25 „
Es tabel ergeben ein Der Vorstand.
4224

A. Schumm's Brennerei

Scheitnigerstrasse No. 20, Ecke Hirschstrasse
Inhaber: W. Hänel 2608
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Ausschank Haase'scher Biere

und besten alten Getreidebiers
eigenen Fabrikats; in Demions von 5 u. 10 Liter frei Haus.

Arbeiter! Handwerker!

Paul Zeisig

Brauerei- u. Brennerei-Ausschank
67 Friedrich-Wilhelmstr. 67 — Telephon 2733
empfiehlt gut gebranntes Lagerbier, immer noch 1/2 Liter 15 Pf., Maßkrug 1 Liter 25 Pf. — Eschpinner Stange, Berliner Weibier, gutes Einfach-Bier. — Ausschank von Roggen, Korn, Liköre und Breslauer Korn (auch außer dem Hause Korn à Liter 50 und 60 Pf.) 4209
Gute billige Bude. Jeden Sonntag ab 6 Uhr ab: Eisbeine. Jeden Mittwoch: Schweinschlachten, Weißfleisch, Wellwurst, Heidegrühnwurst (Wurstbrühe gratis).
Hochachtungsvoll Paul Zeisig, Friedrich-Wilhelmstr. 67.

Schuhwaren

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann
36. Scheitnigerstr. 36.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Wilhelm Knauerhase

Rur Ring, Baude 89/90
[4090] liefert billigst
Arbeiter-Garderobe, Strickwecken, Walkjaden, Stoff- u. Arbeitshosen, Winterjoppen, Herren- u. Damen-anzüge. Spezialität: Plane Formal-Arbeitsanzüge für Maschinenisten u. Schlosser. — Bitte genau auf Firma zu achten.
Rur Ring, Baude 89/90.

Wichtig für Hausfrauen!

Wo kauft man Kaffee-Behälter
und sämtliche Kolonialwaren am billigsten?
Nur bei Benno Neumann

Kaffee-Rösterei mit Dampftrieb.

Zentrale: Friedrich-Wilhelmstr. 82.
Filiale I: Friedrich-Wilhelmstr. 84.
II: Goldene Adegasse 1.
III: Böpelwitzstr. 35.
IV: Berliner Chaussee 139. 3535

Rossschlächterei, Gräbschenerstr. 31

Inh.: Bruno Leschnitz 3636
empfiehlt täglich bereitetes, junges Fleisch sowie sämtliche F. Fleisch- und Würstwaren zu billigen Preisen.

Möbel.

Grösstes Etablissement für Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Streng reell. Enorm billige, streng feste Preise.
Man verlange Preiskurant.

Ausstellung in 6 Etagen!

Ausstellung von zirka 200 Musterzimmern.
Krimke & Comp., Breslau
Neue Graupenstrasse 7, am Sonnenplatz. 4007

Liebich's Etabl.
Telephon 1846.
Nur noch 3 Abende
Das brillante
September-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Simonsauer Garten).
12
Attraktionen.
Bis an Wochentagen gültig.
Anfang 7 1/2 Uhr.

SCALA
Nikolaistr. 27.
Letzte Woche:
Die brillantesten
Spezialitäten.

Herm. Barth
Hut- u. Mützen-
Gräbschenerstr. 12
Adalbertstr. 2.
Hüte, Mützen,
Färberei und Giletzöpfe.



DES PUDELS KERN
ist
vor allen Dingen,
bei jedem
zu bewerkstelligenden
Einkauf die wirklich
richtige Quelle
zu haben, und dies ist unstreitig das weitaus
kolossalste Waren-Kredit-Haus
Julius Ollendorff & Co.,
inhaber: Adolf Schröter, 8887
14 Albrechtsstrasse 14,
blaues Haus.
Ganz enorme Auswahl in
Möbeln,
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe
auf Teilzahlung!
Nur gratis bei Entnahme
eines Anzuges oder Paletots.
Für Damen Blumen.
Kleinste Anzahlungen.
Kleinste Abzahlungen.

Ernst Langner
Schuhmachermeister
Altenstr. 49, Eing. Schulzenwiese
empfiehlt sich Genesung und Fremden zur
Kaufmannschaft von 3144
neuem Schuhwerk
wie von Reparaturen.

Hausfrauen Breslaus!
Kauft bei Hermann Kuppi.
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher Kolonialwaren.
Ganzgeschäft:
Seidenstr. 16/18.
Filialen:
Seidenstr., Gde. Seidenstr., Alsenstr., Gde. Ologauerstr., Lehmgrabenstr. 52.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mannheim, den 27. September. Eigener Bericht.

4. Verhandlungstag. (Vormittags-Sitzung.)

Heute soll die Sitzung Mittags abgebrochen werden, da der Parteitag Nachmittag einen Ausflug nach Heidelberg machen will. Die gestern unterbrochene Debatte über den politischen Massenstreik

wird heute wohl noch nicht zu Ende kommen. Es sind noch zahlreiche Vertreter der gewerkschaftlichen wie der radikalpolitischen Richtung in die Redebühne eingedrungen; von Gewerkschaftsführern u. a. der Vorsitzende des Kölner Gewerkschaftskongresses, Reichstagsabgeordneter D. Melburg, der amtierende Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Meißel, Reichstagsabg. v. Elm, Paul Müller-Damburg, Silberstein; von Radikalen eingereicht Ledebour, Liebknecht u. c. Vom Parteivorstand und Kontroll-Kommission ist zur Stellungnahme zu den Anarcho-Sozialisten folgende Resolution eingebracht worden: „In den in der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten beherrscherischerweise immer bewusster Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie öffentlich bekämpfenden und schwächenden Bewegung stellen, ja die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Da durch dieses Treiben die Anarcho-Sozialisten in gewerkschaftlichen Organisationen schwer geschädigt werden, erklärt der Parteivorstand: Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den sozial organisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen, und die Parteigenossen haben die Aufgabe, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintretenden und agitierenden Personen, so weit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschließen. Diejenigen Parteigenossen, die in den sozialen Gewerkschaften organisiert sind, ersucht die Parteileitung in Uebereinstimmung mit der Resolution des Väterlichen Parteitagss die zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.“

Leber, Jena, sozialdemokratischer Kandidat bei der Eisenacher Reichstagswahl, findet einen wesentlichen Unterschied zwischen den Ausführungen Bebels hier und in Jena. Legen Sie mir erwidert er haben, daß ich der Parteivorstand um Entschuldigungen bitte. Die von den Gewerkschaftsführern eingeschlagene Neutralitätstaktik ist verfehlt. Sie führt nur die gegnerischen Organisationen und nützt uns nichts. Nun hat allerdings auch Bebel vor einigen Jahren in einer Berliner Versammlung sich für die Neutralität der Gewerkschaften ausgesprochen. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse geändert. Ich glaube, Genosse Bebel wird heute auch anderer Ansicht sein. Auch Sachse vom Bergarbeiterverband vorfähriger anderer Ansicht. Als er hierher kam, wurde er Anhänger der Neutralitätstaktik. (Lachen.) Der Antrag Leber würde nicht einseitig, sondern Uneinigkeit herbeiführen.

Reichstagsabgeordneter D. Melburg, Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer: Arbeit herbeiführt heute noch meiner Auffassung über die Anwendung des politischen Massenstreiks. Partei und Gewerkschaften sind der Meinung, daß wenn die herrschenden Klassen den Versuch machen wollten, das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht anzutasten, oder wenn Stimmzettel in den Wahlen vorhanden sein sollte, zu dem Abwehrmittel des politischen Massenstreiks greifen zu müssen. Meinungsverschiedenheiten konnten bis heute noch darüber bestehen, ob man den Massenstreik auch als Anarcho-Mittel anwenden soll. Genosse Bebel hat mich gestern vorgewarnt, daß ich die Wahlrechtsbewegung in Preußen verhöhnt habe. Er hat damit etwas gesagt, was nicht der Wahrheit entspricht. (Sehr wahr!) Ich sehe voraus, daß Bebel hier an derselben Stelle seine Behauptung aufnimmt. Ich glaube, er hat das Protokoll nicht gelesen, oder wenn er es gelesen haben sollte, so hat er es nicht verstanden oder nicht verstanden wollen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß Protokolle unserer Verhandlungen veröffentlicht werden. Allerdings war es notwendig, im Interesse der Partei und Gewerkschaften und um einer Legendenbildung vorzubeugen.

das Protokoll zu veröffentlichen.

(Sehr wahr!) Nur mit den Umständen, unter denen die Veröffentlichung geschah, bin ich nicht einverstanden. Noch niemals war ein solcher Wirtware vorhanden, wie nach Jena. So viele Redner und Versammlungen, so viele verschiedene Meinungen über den politischen

Massenstreik! Die einen wollten ihn für dies, die anderen für jenes anwenden.

Präsident Singer: Die Redezeit Dömelburgs ist abgelaufen. Nachdem aber gestern dem Vertreter des Anarcho-Sozialkongresses Kautsky die Redezeit verlängert wurde, halte ich es für billig, daß nun auch ein Vertreter der Gewerkschaften länger sprechen darf.

D. Melburg (fortfahrend): Den Unklarheiten wird ein Ende gemacht werden. Deshalb stimmen Sie den Anträgen Bebel und Legien zu. Kautsky will die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste durchdringen. Genosse Kautsky, Ihre Wünsche beargüßeln sich mit den unseren. (Kautsky ruft: Bravo!) Ich habe nicht in diesem Sinne gearbeitet, aber Kautsky versteht die Verhältnisse, wenn er glaubt, mit seinem Antrag dieses Ziel erreichen zu können. Ich soll ja das Kammergesetz sein, welches den Antrag Kautsky veranlaßt hat. Redner acht an, daß er sich in Jena etwas unklar ausgedrückt habe. Er hoffe, daß diese Auseinandersetzung die Klärung bringe, unter der sich Partei und Gewerkschaften zu einer gewaltigen Macht entwickeln können. (Leb. Beifall.)

Reichel, zweiter Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes: Der Antrag Kautsky hilft uns nicht über die bestehende Missstimmung hinweg. Dann gehört der Geist der Versöhnung und der Ton der Verständlichkeit. Wir dürfen bei aller Hochachtung für Theorie und Meinungsfreiheit nicht alle Ansehenslose aufeinander losfahren und loschlagen. Kautsky's Bestreben, daß die Gewerkschaften eine Prämie für die allgemeine Arbeiterbewegung werden könnten, ist längst durch die Erfahrung widerlegt. In Tausenden von Versammlungen sorgen wir jetzt für die sozialistische Aufklärung. Kampf für die Partei in den Gewerkschaften! Kann sein neuer Kampfzweck sein, wenn die Gewerkschaften freiwillig erklären, unvereinbar weiter für die sozialistische Aufklärung wirken zu wollen. Wir unterscheiden uns fundamental von den englischen Gewerkschaften dadurch, daß unsere Kämpfe gerade in erster Reihe den Schlechtestgestellten zu Gute kommen. Wie kann man da von einer Beschränkung auf eine kleine Elite sprechen, wenn allein der Metallarbeiterverband seit dem 1. Januar 60,000 neue Mitglieder gewonnen hat! (Bravo!) Das zeigt doch wohl, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor den Feinden der Armen nicht Halt macht. Je stärker unser Körper wird, desto mehr wirkt er wie ein Naturgesetz und zieht unwillkürlich alles an sich, was ihm nahe kommt. Und diese Massen mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, dazu helfen nicht Beschränkungen. Wenn wir die Verständigung nicht selbst fördern, wird der tote Buchstabe der Resolution sie uns nicht aufzwingen. So hoffen wir denn, daß Kautsky sich mit diesen Erklärungen zufrieden geben und seine Resolution zurückziehen wird. (Stürm. Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Sonrath-Aachen: Einige Bemerkungen gegen Legien. Wir in Rheinland haben das Protokoll nicht aus der „Einigkeit“, sondern spaltenlang aus der Zentrums-Presse erfahren. Wenn Zentrum und Anarchisten zusammen stehen, als seien sie zusammengewachsen, dann müssen wir schon erfahren, was dahinter steht. Legiens Äußerung, nach dieser Veröffentlichung habe die Generalkommission wenig Lust mehr gehabt, mit dem Parteivorstand zu beraten, ist heute erwidert worden von Dömelburg durch sein ganzes Auftreten widerlegt worden. Wenn die Kölner Resolution wirklich bedeutet, was sie heute auf einmal bedeuten soll, so stand ihr Verfasser Dömelburg allerdings damals nicht auf der Höhe, wie heute. Wenn Legien schließlich behauptet, daß der ganze Streik sich nur um Worte dreht, so geht das jedem Schritt. Erst sind es Sachen, um die man streitet, dann Worte, einmal hängt der Literat an zu schreiben, aber dreimal hört er auf. Ich wundere mich, daß niemand mehr auf die Protokoll-Verhandlungen eingegangen ist. Bringmann entwickelt dort seine neue Gewerkschafts-Theorie, die nur darin besteht, den Namen „Sozialismus“ möglichst selten zu nennen. Deinhard fordert, daß man sich wehren solle, und behauptet, die Partei habe gar nicht so viel für die Gewerkschaften getan. Aber die Resolution Kautsky ist ungeeignet, diese Mißgriffe zu bekämpfen.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht-Berlin: Legien hat Unrecht; wenn er annimmt, ein Massenstreik ohne Blutvergießen sei nicht auszuführen. Für die Arbeit ohne Angriffe auf Arbeiterrechte ist es notwendig, daß die Arbeiter-Gewerkschaften bei den Gewerkschaften in der Arbeiter-Organisationen bei einem Massenstreik zurückbleiben werden, ist hin-fällig. Rosa Luxemburg hat schon mit Recht auf die Vorgänge in Russland hingewiesen und auch in Österreich sind die Organisationen nicht zerfallen. Allerdings sprechen die bel-gischen Erfahrungen für Legien. Daraus ist zu folgern, daß es eine generalisierte Auffassung über diesen Punkt nicht gibt. Ich behaupte die schon erwähnte Haltung Bebels im Gegensatz zu seiner Jenaer Rede. Er war gestern mehr der Bebel im grauen Saal, als der mit dem ewig jungen Herzen. Der Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht den Versuch einer Intervention in Russland verhindern könnten.

Schraber-Osnabrück spricht für ein künftiges Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften.

Sch. Hanau: Wenn wir die Resolution Kautsky annehmen, schaffen wir neue Unklarheiten. Darin sind wir alle einig, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Geiste der Sozialdemokratie zusammen arbeiten sollen. Was soll aber geschehen, wenn eine Verständigung nicht zustande kommt, fragt Kautsky. Gibt es denn überhaupt einen Fall, in dem eine Verständigung nicht zustande kommen kann. Wenn wir sie hier nicht herbeiführen, werden die Genossen im Lande sie schon erzwingen.

Seemann Paul Müller-Hamburg: Man hat mich als angeblichen Referenten in der Konferenz der Zentralvorstände besonders scharf angegriffen. Ich habe aber überhaupt auf der Konferenz nur 22 Minuten gesprochen, um ganz kurz die Angriffe zusammenzufassen, gegen die wir uns wehren mußten. Meinen prinzipiellen Standpunkt habe ich, oft über Kautsky's Forderungen hinausgehend, in unserem Verbandsorgan niedergelegt. Ich erhebe Einspruch gegen die niedrige Unterstellung, als wollte ich die Gewerkschaftsmitglieder von der Partei weg-führen oder fernhalten. Wie man aber gegen die Gewerkschaften zu gehen sucht, das zeigt die Äußerung der Genossen hier in einer Hamburger Parteiverammlung, wir hätten schon jetzt mit dem Massenstreik positive Erfolge erzielen können, wenn nicht die Gewerkschaftsführer seine Ausführung in Hamburg und Sachsen verhindert hätten. (Hört, hört!) Das steht im offenen Widerspruch mit dem, was von der großen Mehrheit hier gesagt worden ist. (Zuruf v. Elm: Auch mit dem, was Frau Liebknecht gestern gesagt hat.) Die Resolution Kautsky ist unüberführbar, weil wir den Gewerkschaften nicht eine programmatische Erklärung aufzwingen können.

Reichstagsabgeordneter Herbert-Stettin ist der Ueberzeugung, daß man in Norddeutschland über kurz oder lang den Massenstreik vorbereiten müssen. Vor allem müßten die Landarbeiter für das Wahlrecht in Preußen interessiert werden, um das Junkerregiment zu erschüttern. Das koste freilich Geld, aber wenn man das nicht riskieren wolle, dann möge man die ganze Massenstreikidee fallen lassen.

Silberstein-Berlin, besaßlich der Protokollant der Konferenz der Gewerkschafts-Vorstände, führt aus, in der Menge sei durch die Diskussion nach Jena der Glaube er-weckt worden, daß bald, womöglich schon bei der Wahlrechtsbewegung, der Massenstreik zur Ausführung kommen werde. Als dann das erwartete Ereignis nicht eintrat, entstand Unzufriedenheit und Unruhe in den Reihen der Parteigenossen. Sehr zu billigen ist, daß jetzt von Bebel festgestellt worden ist, daß der Massenstreik nur als letztes Mittel in Frage kommt. Was ich aber nicht verstehe und was die Menge nicht versteht, ist, daß man so lange die falsche Auffassung bestehen ließ. Kautsky glaubt sicher, der Partei und den Gewerkschaften einen guten Dienst zu leisten. Die Aufforderung, in den Gewerkschaften so-zialistischen Geist zu pflegen, ist überflüssig. Das geschieht schon ohnedies in den Gewerkschaften. Es ist aber verfehlt, derartiges festzulegen. Kautsky will damit eine Oberinstanz für die Gewerkschaften schaffen. Beide Organisationen müssen aber ihre Selbständigkeit behalten. (Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Ledebour-Berlin: Ueber den Massenstreik ist man sich jetzt ziemlich einig. Auch die Gewerkschaftsführer, die noch in Jena gegen die Resolution Bebel stimmten, haben sich jetzt mit mehr oder minder gebundenen Er-läuterungen auf ihren Boden gestellt, und nur dagegen Verwahrung eingelegt, daß die sofortige Proklamierung des Generalstreiks von seinen Anhängern niemals beabsichtigt war. Vereinzelt Ge-nossen ist nachträglich eingefallen, daß bei der Wahlrechtsbewe-gung eigentlich der Massenstreik hätte Anwendung finden müssen. Sie haben sich das selber zurechtgelegt, ebenso wie die Gewerkschaften sich nachträglich zurechtgelegt haben, daß die Kölner Re-solution mit der Jenaer übereinstimmt. Wir können aber diese Identifizierung nicht mitmachen. Wo mögen die Gewerkschaftler sich einen anderen Weg suchen, um sich in allen Ehren aus Jena zurückzuziehen. Die Resolution Kautsky wendet sich nicht gegen die Gewerkschaftler, sondern nur gegen Parteigenossen. Diese aber dürfen nicht auf Konferenzen erklären, daß sie sich um Parteitagsschlüsse nicht kümmern — selbst Reichstags-abgeordnete taten das, glaube ich. Sie müssen den Parteitagsschlüssen unbedingt folgen. Die sogenannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind politische Angelegenheiten, über die die Partei allein zu entscheiden hat und nicht gemeinschaftlich mit der Generalkommission.

Hofk Braun-Nürnberg bedauert, daß er sich in Gegenwart zu seinem Freunde Kautsky setzen müsse. Der Parteit-ag dürfe nicht einen Beschluß fassen, der die Gewerkschaften hemmen würde. Er begrüße es, daß ein Antrag in Vorbereitung sei, der eine glückliche Zusammenkuppelung der Jenaer und Kölner Resolution bedeute. Der Antrag Kautsky sei unannehm-

Mannheimer Brief.

III.

„Es ging mit gedämpfter Trommel-Klang“ am dritten Tage der Verhandlungen, die sich mit dem politischen Massenstreik beschäftigten. Es stand ein „großer Tag“ in Aussicht mit August Bebel als Hauptredner, und die gewaltigen Galerien des herrlichen Abbelungssaales, die mehrere tausend Personen fassen, waren bis hoch hinauf unter die Decke mit Besuchern gefüllt, meist aus bürgerlichen Kreisen, denn die Arbeiter sind um diese Tageszeit nicht in der Lage, den Parteitag zu besuchen. Die hochgespannten Erwartungen der Besucher wurden nur zum geringen Teil erfüllt. Bebel sprach nicht mit dem hinreißenden Schwung, dem Feuer, wie im Vorjahre in Jena, zu dem gleichen Thema. Allerdings versicherte er mit aller Entschiedenheit, daß wir uns das jetzige Reichstagswahlrecht nicht nehmen lassen werden, daß der Versuch uns zur Revolution führen werde, und wenn wir alle auf der Straße blieben. Und stürmische Zustimmung der ganzen Versammlung begleitete diese mannhaften Worte unseres weißhaarigen Führers. Sonst aber ging es in gedämpften Tönen und kalt und scharf wurde von Bebel die Situation geschildert, die es nach Jena wie auch heute wohl noch lange unumgänglich macht, mit dem Massenstreik neue politische Rechte zu erobern.

Die Stimmung der Delegierten war auch eine andere wie in Jena beim gleichen Gegenstand der Tagesordnung. Dort war man anders bei der Sache, angeregt, aufmerksam auf jede Nuance des wechselnden Kampfes, begeistert, so weit das bei uns nüttern Deutschen überhaupt möglich. Gewiß trägt die Wiederholung der gleichen Debatte nach so kurzer Zeit viel zur Abwumpfung bei, dann aber wirken in der gleichen Richtung hier in Mannheim auch noch äußere Umstände. Der Sitzungs-saal ist wunderbar schön, gewiß, und er ist sehr geräumig, leider aber so sehr, daß unter diesen Raumverhältnissen die Intimität der Verhandlungen leidet. Auf einige Entfernung vom Redner versteht man nur noch Bruchstücke der Rede, das heißt, wenn der Redner über ein sehr gutes Organ verfügt, sonst versteht man eben gar nichts, kann also auch nicht über hoch nur schwer teil-nehmen an dem, was verhandelt wird. Das nimmt auch der

Massenstreikdebatte zum guten Teile den bewegten, zum Teil leidenschaftlichen Charakter der früheren Verhandlungen.

Lange genug wird sie ja dauern, diese Massenstreikdebatte. Waren doch bei Beendigung des zweiten Referats, das Legien hielt, nicht weniger wie vierzig Diskussionsredner in die Rufe eingezogen. Und mancher wird noch im Laufe der Debatte zu der Ansicht kommen, daß auch er zu dieser wichtigen Frage etwas zu sagen habe, was jedenfalls gesagt werden müsse. Zwei wesentlich verschiedene Strömungen und Strebungen machen sich dabei geltend. Während hier die Vertreter rein gewerkschaftlicher Interessen nichts, aber auch gar nichts hören wollen vom Massen-streik mit politischen Zielen, stehen dort die Antipoden dieser „Kuraewerkschaftler“, die „Revolutionsromantiker“ mit ihrer Schärmerei für alles, was angeblich oder wirklich die russische Revolution über Massenstreik und anderes uns und dem ge-samten Proletariat lehrt. Sie eskompieren die Erfahrungen und Lehren aus der russischen Revolution mit blindem Eifer, ohne abzuwarten, ob sie überall wert sein werden, was man jetzt dafür zu geben bereit ist. Die gefretteste und beredteste Wort-führerin dieser Anschauungen ist auch dem Parteitage unsere den-schauen der russischen Genossin glücklich entronnene Genossin Rosa Luxemburg. Sie ist es auch, die zum entscheidenden Widerstand gegen die Bemühungen des Parteivorstandes auf-fordert, mit der Generalkommission zu einer Verständigung zu kommen, ohne diese zur Aufgabe der Kölner Gewerkschafts-Re-solution über den Massenstreik zu zwingen. Doch werden die vermittelnden und versöhnenden Bestrebungen demgegenüber ge-woiß den Sieg behalten, wie die diesem Briefe vorausgehenden Ereignisse zeigen werden.

Wenn auch Bebel vom Dresdener Parteitag als vom Jungbrunnen der Partei gesprochen hat und auch manch anderer Genosse des Lobes voll ist von der trefflichen Wirkung der Dresdener Lage auf die Partei, so sucht man doch ganz all-gemeiner der Wiederholung jener Worten und petalischen Bruder-kämpfe auf dem gegenwärtigen Parteitage, wie schon auf den dazwischen liegenden Tagen von Bremen und Jena, zu be-gegnet. Und man tut gut daran, im Interesse der Partei die von ihr vertretenen Arbeiterklasse.

Aus aller Welt.

Die Münchener Märsche sind entbehrlich. Ueber die Er-mittlung des Diebstahls in der Münze bringt der Polizei-bericht folgende Angaben: Am 25. September Nachmittags wurde ein Maschinenarbeiter verhaftet, der verdächtig erschien, an dem Einbruch beteiligt zu sein. Weitere Erhebungen führten zu der Fest-stellung, daß nicht bloß er, sondern auch ein Freund von ihm, ein 24jähriger Soldat, an dem Diebstahl beteiligt war. Dieser ließ sich von dem Maschinenarbeiter die Gelegenheit zum Einbruch verschaffen sowie Ratschläge erteilen und führte den Einbruch aus. Bei der Ausgurt im Krankenhaus befindlichen Geliebten des Maschinenarbeiters wurde ein Teil des Geldes gefunden. Nach längerem Verhör waren beide schuldig.

Eine weitere Meldung befragt: Vom Münchener Münzraub ist nunmehr auch der Rest des gestohlenen Geldes von 120,000 Mark beigebracht worden und zwar ohne Zutun der Be-hörden. Es wurde heute Vormittag mit Heilig und Holz bedeckt im Englischen Garten gefunden, wo es an einer Mauer der Veteri-närschule nur notdürftig angebracht die Zeit über gelegen hat. Der Münchener Münzräuber Böhm, Soldat beim Besatzungsregiment, ist her Eohn des verstorbenen Beamten der Münchener Drickranken-kasse. Er ist ein gelernter und mit den Münzverhältnissen wohlbe-kannter, tüchtiger Feinmechaniker. In dem seiner vermittelten Mutter gehörigen, beim Vorort Haar im Walde verdeckt gelegenen Wohnhaus, wohin er heimlich einen Teil des geraubten Geldes ge-bracht hatte, war eine feinnmechanische Werkstätte eingerichtet, in der Böhm und sein Mitarbeiter, der gleichfalls verhaftete Münzarbeiter Hof, in ihrer freien Zeit Motorräder reparierten. Daß sie dort auch eine Fallschürmherd betrieben haben, ist bis jetzt nicht erwiesen.

150 Vergiftungsfälle sind im Krankenhaus von Turin durch den Genuß von konserviertem Linsenfleisch verursacht worden. Die Kranken, die zum Todehrot von der Konferenz offen, bekamen heftige Magenkrämpfe, und es traten für ernsthafte Szenen ab, so daß das Personal nur mit größter Mühe gegen die ent-setzliche Wut der Frauen ankommen konnte. Die Vergiftung war übrigens leichter Natur, alle Kranken sind bereits außer Gefahr. Der gleiche Fall passierte zur gleichen Zeit im Krankenhaus von Bologna, jedoch ohne schwerere Folgen. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Eine riesige Strohhalme wurde im Mannheimer Arbeiterbildungsverein angekauft, dem bekanntlich nicht von Arbeitern, sondern von einem bürgerlichen Stadtrat und Reichstags-abgeordneten präsidiert wird. Circa 10,000 Mk. der Arbeiterklasse und 5000 Mk. des Reichstagsabgeordneten sind durch den Kauf der Strohhalme der Partei zugewandt worden. Die Arbeiter haben sich nicht an dem Kauf beteiligt. Die Untersuchungen sollen mit einer

dar. Dasselbe dürfte nicht ausgehandelt werden, sondern müsste eine freihändige sein. Die heutigen Erklärungen Adelsburgs und Reichels seien deshalb von höchster Wichtigkeit. Der Mannheimer Parteitag wird von historischer Bedeutung werden, wenn er in einstimmiger Annahme einen Antrag über die Einigung von Partei und Gewerkschaften fassen würde. (Lebhafte Beifall.)

Reichelsbach-Rede v. C. M.: Ich freue mich, daß ich wieder einmal Bebel ganz zustimmen kann. Die Verhandlungen haben bewiesen, daß die Auffassung, die von mir in Gemeinlichkeit mit Frohne und Leide in dem sogenannten Hamburger Brief niedergelegt worden ist, sich heute als Gesamtaufassung der Partei in Bezug auf den Massenstreik erweisen hat. Allerdings hat der Parteitag wieder von Rosa Luxemburg die Revolutionärromantik in die Zukunft

vorgeführt erhalten. (Heiterkeit.) Ihre Auffassung gilt lediglich für russische Verhältnisse und kann für Deutschland nicht in Frage kommen. Deshalb sind ihre Schlussfolgerungen falsch. Der Parteitag hat vor aller Welt zu dokumentieren, daß wir einig sind, wenn es gilt, die Volkrechte zu verteidigen oder Angriffe auf Volkrechte abzuwehren. Die Resolution Kautsky muß unter allen Umständen abgelehnt werden. Das wünschenswerteste ideale Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften hat bisher nicht bestanden, weil keine vorherige Verständigung zwischen Generalkommission und Parteitag vorhanden war. (Sehr richtig!) Also nicht Unterordnung, sondern Verständigung. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Singer teilt mit, daß Kautsky seinen Antrag in mehreren Punkten formell abgeändert habe: so lautet z. B. der erste Satz statt "Die Gewerkschaften müssen von sozialistischem Gesetze erfüllt sein", "die gewerkschaftliche Bewegung muß usw. usw."

Ferner verlangt sie die Nicht der Parteigenossen, in den Gewerkschaften die Parteitagsschlüsse zu befolgen, "in dem Sinne, wie es Adelsburg definiert hat." (Heiterkeit.) Ferner ist von Bebel und Lenin dem Antrag Legiens folgende Fassung gegeben worden: "Der Parteitag bekräftigt den Jenaer Parteitagsschluss über den russischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluss des Kölner Gewerkschaftsalltagsrefreß damit nicht in Widerspruch steht, alle Streikaktionen über den Sinn des Kölner Beschlusses für erlaubt."

In der hierauf fortgesetzten Debatte erhält das Wort Reichelsbach-Rede v. C. M.: Wir wollen Einigung, nicht Unterordnung einer großen Minderheit. Unsere Parteitage sind überhaupt das Mittel zur Verständigung über die gegenwärtige Politik, nicht Zusammenkünfte zur Klärung unserer theoretischen Anschauungen. Uns auf den Buchstaben festlegen, sollen sie nicht. Der Antrag Kautsky und die Aktionskraft der Arbeiterbewegung, die auf gemeinsamen Forderungen und Demos beruht, hindern. Er ist aber auch überflüssig. Denn, so lange eine Gewerkschaftsbewegung besteht, ist sie stets im Geiste der Sozialdemokratie geführt worden. Wollen Sie durch einen unnützen Beschluss den München-Gladbacher Feindesabsichten nahe lassen und die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsbewegung bei der in Vorurteilen befangenen Masse noch erhöhen, so brauchen Sie nur den Antrag Kautsky anzunehmen. Welchen Wert hätte femer die Annahme dieses Antrages, wenn er gefasst würde, gegen die Stimme des Verstandes, der Kontrollkommission und der Gewerkschaftsführung. Hierauf wurde ein Schlussantrag angenommen.

Verständlich bekräftigt Frau Rieg, daß sie die ihr vom Genossen Müller angebotene Antwort geteilt habe.

Müller: Es ist jetzt aber keine Verichtigung erfolgt. Jubel gibt zu, sich in Bezug auf die Ausrückung Adelsburgs vom Parteitag der Wahlrechtsbewegung geirrt zu haben. So hat sie protestiert dagegen, erst von Frau zur Neutralität gedrängt zu sein.

Hierauf erteilt Singer Legien das Schlusswort.

Legien: Es ist Bebel.

Vor. Singer: Ich verfare ganz parlamentarisch.

Legien: Dann verzieht ich überhaupt. (Bewegung.)

Vor. Singer: Wir brauchen uns gar nicht aufzuregen, der Parteitag mag entscheiden.

Legien: Im Köln 1893 sprach der Korrespondent Auer noch mit als Referenten.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, daß Legien zuerst, Bebel zuletzt sprechen soll.

Legien: Ich habe verzichtet.

Unter großer Bewegung ergriff darauf Bebel das Schlusswort: Die Angriffe Legiens auf mich nötigen zu einer Erwiderung. Er hat mir Annahmen vorgeworfen, weil ich persönlich, ohne den Parteivorstand zu fragen, die schwer beleidigenden Äußerungen der "Einigkeit" richtiggestellt habe. Wenn aber die "Einigkeit" die Wahrheit geschrieben hätte, dann wäre ich nicht nur unwürdig gewesen, weiter Parteivorstand zu sein, sondern hätte aus der Partei hinausgeworfen werden müssen. Wenn ich meine Ablehnung des Massenstreiks nicht ausschließlich auf die Zeit der Wahlrechtsbewegung in Preußen bezogen hätte, sondern wenn sie allgemein gewesen wäre, so hätte ich ja selbst meine frühere Auffassung vertrat. (Silberknall: Wir hatten doch überhaupt nur von der Gegenwart gesprochen.) Sie hätten mir große Verlegenheiten erspart, wenn Sie das längst öffentlich erklärt hätten. Legien verlangt weiter wegen der

10 Jahren her datieren. Am Sonnabend Abend wurden die Hauptgeschädigten der Sparkasse zu einer Besprechung eingeladen, wo man diese Leute beschwichtigen wollte. Der Kassierer Kramer ist verhaftet worden.

Unwetter in Spanien. Aus allen Landesteilen Spaniens kommen Berichte über Unwetter. Auf vielen Strecken sind Eisenbahnlinien durch Hochwasser zerstört. In einer Reihe von Ortschaften brachen Feuerbrünste durch Bligschläge aus, zahlreiche Häuser stürzten ein oder wurden durch Ueberschwemmungen zerstört, besonders schlimm hanfte das Unwetter in der Provinz Valencia, wo in Saguntamere allein 24 Personen getötet wurden. Sturm und Hagel haben überall an der Grenze, besonders an der Weinernte großen Schaden angerichtet, die teilweise völlig vernichtet ist. Der ganze Umfang der Katastrophe ist noch unbekannt, weil die telegraphischen Verbindungen mehrfach unterbrochen sind.

Die fähigen Erdbeben. Aus Greiz meldet der Drost: Ein Erdbeben erschütterte das nördliche Vogtland, eine Minute lang hörte man ein durchdringendes scharfes unterirdisches Rollen. — Wie aus Santiago de Chile berichtet wird, wurden nachträglich in Colchagua und Cochiabo Erdbeben wahrgenommen, welche von einem plötzlichen Temperaturwechsel begleitet waren.

Tropensturm in Amerika. Von einem Tropensturm in Louisiana, Mississippi und Georgia berichtet ein Telegramm. Das Wasser in den Straßen von New-Orleans steht vier Fuß hoch. Schwere Regengüsse gingen außerdem in Vailsburg (Mississippi) und in Racon (Georgia) nieder. Die telegraphische Verbindung mit New-Orleans wurde zerstückt. Eine Sturmflut soll die Stadt getroffen haben; man hegt große Befürchtungen. Die Weiten in Mobile stehen unter Wasser.

Ein diebischer Wasse. Aus Paris wird unserem Wiener Parteitag geschrieben: Kasal de Saint-Saens, ein Beiler des bekannten Komponisten, macht seiner Familie einen Vorwurf. Im Zusammenhang mit dem Diebstahl, wurde er Professor am Seminar in Neapel. Er begann bald viele Strafen zu machen und erlitt eine Verurteilung durch das Gericht in Versailles. Als er seine 6 Monate abgeleitet hatte, verließ er das Gefängnis eine Stelle bei einem großen Händler mit religiösen Antiquitäten. Er kauft dort eine Reihe wertvoller Kunstgegenstände, die er teils an einem Spionierten verlor, teils seiner Geliebten schenkte. Bei Gericht erklärte er, es sei die Liebe, die ihn auf Abwege gebracht habe. Er wurde neuerlich zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein diebischer Wasse. In München wurde der bekannte Komponist Julius Wagner, der Begleiter und Aufhänger vieler Königsleute, wegen Diebstahls von 1000 Mark verurteilt.

Veröffentlichung des Protokoll einen Zufall des Parteivorstandes vor der Generalkommission. Ich habe schon dargelegt, daß wir die strenge Form nicht gewahrt haben. Aber der Schritt war notwendig auch für diese Debatte. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn jemand glaubt, daß der Parteivorstand hier oder sonst die Parteistellen irgend- (Hört, hört!) Die Konzentration des Kapitals macht die Konzentration aller Arbeiter notwendig. Wie die Bourgeoisie sich ein Reich, ein Heer geschaffen hat, so müssen auch die Arbeiter eine große einheitliche Arbeiterorganisation haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gegenüber der gewaltigen Macht des Unternehmertums sind die sozialistischen Organisationen schon wegen ihrer Kleinheit ganz unwirksam.

Legien hat gesagt, der Parteivorstand ließe sich zu sehr von den Berlinern beeinflussen. Wenn er damit hat sagen wollen, daß die Parteiliste den Strömungen und Wünschen der Berliner möglichst Rechnung trägt, so hat er Recht. Denn wenn eine so gewaltige Parteigenossenschaft, wie die Berliner, an uns herantritt und Wünsche äußert, so prüfen wir sie aufs genaueste. Die Veröffentlichung des Protokolls aber wurde nicht nur von den Berlinern gewünscht, sondern von der großen Mehrheit der Parteigenossen im Saale. (Beifall.) Damit will ich mit den persönlichen Auseinandersetzungen schließen, da ich im Interesse des Ziels, das wir verfolgen,

nicht das was Trennung, sondern das Einigende hervorheben will. (Beifall.) Ich kann deshalb nicht weiter auf die Rede Legiens eingehen. Aber offen gesagt: wenn nicht auf Legiens Rede die Reden der anderen Gewerkschaftsführer gefolgt wären, und wenn ich nicht gewußt hätte, daß der Jenaer Bescheidige Zusatzantrag den Beifall aller Gewerkschaftsführer findet, dann wäre es mir sehr schwer geworden, für den Antrag Legien einzutreten. Legien hat in einer Weise gegen die Jenaer Resolution polemisiert, daß ich nicht gefragt habe, wie will der Genosse das in Stellung bringen mit seinem Zusatzantrag zu meiner Resolution. Seine Schlussfolgerungen standen in einem sehr erfreulichen Gegensatz zu dem ersten Teil seiner polemischen Ausführungen und dann zeigen uns auch die Ausführungen Adelsburgs und Reichels, daß der erste Wille der Parteigenossen in den Gewerkschaften besteht, die Beschlüsse des Parteitages zur Geltung zu bringen. Bisher war allgemeine Auffassung, daß die Kölner Resolution im scharfen Widerspruch zu dem Beschluss in Jena stand. Diese Ansicht wurde auch vielfach in den Gewerkschaftsblättern ausgesprochen. Nachdem aber die Antragsteller selbst als die besten Interpreten dieser Ansicht als richtig hingestellt haben, hat die Partei nicht den geringsten Anlass mehr, daran zu zweifeln. Ich betrachte als einen unangehörigen Schwarm, wenn durch die Annahme des Amendements Legiens vollständiger Frieden zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt wird. (Lebhafte Beifall.) und einmal ausgesprochen wird, daß der Streit über den Sinn der Kölner Resolution ein Ende finden müsse. Dieser moralische Gewinn ist ein so erfreulicher, daß ich meine, es können auch diejenigen für meine Resolution stimmen, die noch einige Bedenken haben. (Erneuter Beifall.) Dem Antrag Kautsky kann ich nicht zustimmen. Wir sind bemüht, Frieden zu schaffen und müssen alles vermeiden, das den Anschein erwecken könnte, als ob ein Teil unterwirren worden sei. (Sehr richtig!) Der erste Teil des Kautsky'schen Antrages war in seiner ursprünglichen Form besonders bedenklich. Die Gewerkschaften wären mit ihm in die allerpeinigste Lage den Behörden gegenüber geraten, ein Fehler, der nachher durch irgend eine Auslegung nie wieder gut gemacht hätte werden können. Der zweite Teil des Antrages Kautsky würde in zweiten Kreisen der Gewerkschaften Erbitterung herbeiführen. Die uns heute abgegebenen Erklärungen sind vollständig befriedigend und wir sind überzeugt, daß die Gewerkschaftsführer als anständige Menschen im Sinne dieser Erklärungen wirken werden. Andererseits bin ich überzeugt, daß mit der Annahme des Antrages Kautsky an den Verhältnissen nichts geändert werden würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir als Partei haben keine Einwirkung auf die Gewerkschaften. Wir können nur von den Parteigenossen in den Gewerkschaften verlangen, daß sie ihre Parteipflichten erfüllen. Bebel wendet sich dann gegen den Vorwurf, der von Gradnauer und anderen gegen ihn erhoben worden ist, daß seine geistigen Ausführungen eine Chamade, seine Jenaer Rede aber eine Fanfare gewesen sei. Nichts ist falscher als das. In Jena hatte ich die Aufgabe darzulegen, welche Gründe dafür sprachen, unser Massenarbeits mit einer neuen Waffe zu versehen und tat das in meiner mir eigenen temperamentsvollen Weise, da mir die Rolle des Anreizers besser steht, wie die des Parteidegiers. An verschiedenen Stellen hat aber die Jenaer Resolution eine Auslegung gefunden, die mich ärgern zur Überdruß nötigte. Bebel erörtert viele Sätze seiner Jenaer Rede. In einem spricht er von den vielen Voraussetzungen, die zu einem Massenstreik notwendig seien. Kann man jemand behaupten, so fragt er, daß alle diese Voraussetzungen vom September bis März geschaffen worden sind? Der trete vor und beweise es. (Lebhafte Beifall.) An einer anderen Stelle spricht er von der Neutralität der Gewerkschaften. Man kann ein ganzes Jahr lang in einem

Strafkammer zur Aburteilung überwiesen. — Leutnant Lamp vom Infanterie-Regiment 85 führte zwischen Kiel und Gedersbude, als er aus dem Marsch zurückkehrte, mit dem Motorrad und erst 1000 Verletzungen. — Italienische Messerassassinen haben in der Grand von Genoa die Provanzampfe abgelöst. Italiener überfielen einen Schmiedegast in Dornhof und schickten ihm den Bauch an. In Krensburg stachen italienische Bahnarbeiter auf deutsche. Drei beteiligte Personen wurden lebensgefährlich verletzt. — Eine blutige Schülerkämpfe entzündete sich zwischen Schülern aus Stettin und dem Vororte Pommerens. Gegen 800 Knaben kämpften gegeneinander mit Knütteln und Messern. Ein Knabe wurde durch Revolverkugeln im Gesicht verletzt. Polizei schritt ein und verhaftete eine große Zahl der Beteiligten. — Von einer Selbstmordthat erlöschten wurde in Berlin in der Geldstrankfabrik "Panzer" der 36jährige Schlosser Richard Günther. Die 14 Jenaer schwere Blatte war an einem Flaschenauge befestigt. Möglicherweise die Reiten der Schanzvorrichtung nach und die Platte fiel mit solcher Wucht dem Schlosser auf den Rücken, daß diesem die Wirbelsäule und der Brustkasten zerquetscht wurden. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb der Verunglückte. — Am Dienstag wurden auf dem Abort eines Restaurants in Fegell die halbangebrannten Glasbecher und der Kopf eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Als Mutter des Kindes wurde das 20 Jahre alte Dienstmädchen Verba Ehm, das in der Restauration beschäftigt ist, ermittelt und von der Polizei festgenommen. — Im Sandtorhafen in Hamburg kollidierte der Grimeby-Dampfer "Hektor" mit dem Schlepper "Peterson a. Alper", wobei dieser beschleunigt und zum sofortigen Sinken gebracht wurde. Der Hektor konnte sich noch retten, als er im Maschinenraum bereits bis zur Draht im Wasser stand. — Der Restaurateur Johann Kröbber in Köln ist unter Umständen einer Kasse, in der sich ein Betrag von 11,000 Mk. eines in seinem Lokale tagenden Sparvereins befand, dem ausschließlich kleinere Handwerker angehören, schuldig geworden. — Beim Abendmahl in Dabersdorf war aus Versehen in den Tisch statt Wein Salspeter gekommen. Drei Frauen, die von dem "Wein" tranken, erkrankten bedenklich. — Bei den Schützentruppen in Preßburg wurden der 17jährige Arbeiter Johann Sauer, die 18jährige Arbeiterin Marie Dreyer und die 17jährige Anna Solar aus Schuppenden blutig aufgefunden. Sauer schoß sich mit einem Revolver in die rechte Schläfe, doch prällte die Kugel am Zehelbein ab. Er hatte vorher die Arbeiterin in die Schläfe geschossen; neben ihr lag ein Schreiben, daß sie ohne Sauer nicht leben wolle. Sauer abschieß von diesem Beleg lag die Solar, die am gefährlichsten verunglückt ist. Auch die Solar ließ einen Brief zurück, der erzählt, daß sie wegen der Welt nicht mehr leben will. — Im Driebeletont ist er sei "mit verurteuten Tötungen" geschrieben. Alle drei hängen wieder

Gewerkschaftsblatt die Mitglieder zu Sozialdemokraten erziehen, ohne das Wort "Sozialdemokratie" auch nur einmal auszusprechen. (Sehr richtig!)

Ich stehe noch heute uneingeschränkt auf diesem Standpunkt. (Lebh. Beifall.) Wie die Auffassung an den Arbeitern als Staatsbürger getan wird, das steht auf einem ganz anderen Blatte. (Sehr richtig!) Wenn dieser oder jener Führer eine falsche Taktik einschlägt, dann werden die Gewerkschaftsmittelglieder schon das Richtige finden. Denn wenn wir nicht mehr das Vertrauen zu der Masse der organisierten Genossen haben, so müßten wir ja an der Entwicklung verzweifeln. In diesem Sinne halte ich auch heute fest an der Neutralität der Gewerkschaften.

Neutral sein heißt für mich geschickt sein. (Stille Beifall.) Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, auf dem ich in Jena gestanden habe. Wir müssen noch ein großes Stück Arbeit leisten, ehe wir an einen erfolgreichen Massenstreik denken können. Und einen anderen werden wir, soweit mein persönlicher Einfluss reicht, nie zu machen versuchen. (Lebh. lang anhaltender Beifall.) Man kann mir also seinen Strich daraus drehen, daß ich selbst zugegeben habe, daß der Ton meiner Rede hier anders als in Jena war. Quersel hat behauptet, daß meine Jenaer Rede nicht aus allerlei Ausführungen über die Anwendung des Massenstreiks auf die gegenwärtige Situation erhalten hat. Inviel Philosophieren, ob unter gewissen Umständen oder zu einer bestimmten Zeit etwas möglich ist, steht dem Politiker schlecht an, besser dem Dr. phil. (Heiterkeit.) Die Genossin Luxemburg hat meine Rede so ausgelegt, als ob wir im Falle einer Intervention in Rußland gar nichts zu würden. Es versteht sich aber doch ganz von selbst, daß, wenn ein so unerhöhter Akt wie die Intervention in Rußland geplant werden sollte, wir alles anbieten würden, um das zu verhindern. (Stille Beifall.) Was wir tun werden und tun können, das muß man aber schon unserem eigenen Ermessen überlassen. Darüber können wir heute keine Verprechungen machen. (Erneuter Beifall.) Daß wir aber nicht Gewehr bei Fuß dastehen, ist sicher. Die deutsche Regierung braucht doch dazu die Bewilligung der Kredite im Reichstag. (Zuruf Adolf Hoffmanns: Sie mach das auch ohne diese!) Wie das ein Abgeordneter sagen kann, verstehe ich nicht. Das würde sich die heutige Reichstagsmehrheit nicht gefallen lassen und dann sind doch auch die Reichskassen leer bis auf den Boden. Die Intervention selbst würde aber einen realistischen Akt bilden, der andere revolutionäre Akte zur Folge haben müßte. (Großer Beifall.) Die starken deutschen Heeresansammlungen an der Dniester sind nur der allgemeinen politischen Situation nicht aber einer Intervention nachsichtig entstrungen. Das erleben wir ja an der Ost- und Westgrenze in stets steigendem Maße. Natürlich müßten die deutschen Staatsleiter die russische Revolution zum Teufel jelschicken und sich die Truppen enger zusammengezogen werden, um einen Korridor gegenüber russischen Ueberläufern zu bilden. Auch die Panik hat man veranlaßt, dem Despotismus unter die Arme zu greifen. Aber von alledem bis zur bewaffneten Intervention ist das noch ein weiter Schritt. Sollte aber, so kann ich nur wiederholen, das für unumgänglich Erhalten eintreten, so wird die deutsche Sozialdemokratie selbstverständlich Kraft ihrer nationalen Verpflichtung und ihres glühenden Wunsches, ein großes Volk in seinem Kampfe gegen den Despotismus zu unterstützen, alles aufbieten, um einen solchen Plan zu durchkreuzen. (Stille Beifall.) Ich bin zu Ende. Nehmen Sie unsere Resolution an in einhelligem Beschluss, und Sie werden damit nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung, sondern in der ganzen internationalen Sozialdemokratie Zustimmung erwecken. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Silberknall: Die von Bebel gemäkelte öffentliche Erklärung wäre längst erlassen worden, wenn nicht Bebel zuvor die Mitglieder der Generalkommission öffentlich beleidigt hätte. Die Bestimmungen über den Punkt Massenstreik, die morgen sein wird, wird namentlich sein.

Singer begrüßt vor Schluss der heutigen Sitzung den inzwischen eingetroffenen Schriftsteller Plechanoff, ein Mitglied des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie. Die deutschen Genossen kennen ihn ja von den internationalen Kongressen her. Wer ihn aber noch nicht kenne, dem sage er: Plechanoff ist gleichsam der russische Kautsky. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Partei-Angelegenheiten.

Von der Parteipresse. Aus der Redaktion des bisher noch inoffiziellen Parteiorgans in Münchenhausen in Thüringen ist der Genosse Schilbach ausgetreten, um die Redaktion des in Nordhaußen neugegründeten Parteiorgans zu übernehmen. Auch unter den Besitzern des dortigen Pressunternehmens ist ein Wechsel eingetreten. Die Genossen Bauer und Sperhale, die vor 3/4 Jahren aus einem verfallenen bürgerlichen Unternehmen das Parteiorgan schufen, haben es an den Genossen M. r. k. w. m. - Charlottenburg verkauft. Da von der vor einiger Zeit stattgehabten Preisunternehmung beschlossen worden ist, das Blatt als Parteiorgan für den Wahlkreis Mühlhausen-Langenau zu veräußern, tritt eine Titeländerung ein. Der bisher geführte ominöse Titel "Generalanzeiger" der aus dem bürgerlichen Unternehmen noch herrührt und aus taktischen Gründen beibehalten wurde, wird dem Titel "Vollsb. Blatt" Platz machen müssen. Auch ist eine Vergrößerung des Organs geplant. Vom 1. Oktober ab wird es anstatt wie bisher vierseitig, sechsseitig erscheinen.

Strafkonto der Parteipresse. Genosse Linzweiler, Redakteur unseres Parteiorgans in Bochum, wurde wegen Beleidigung eines Kriminalwachmeisters zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Sozialistische Strafnamen. In einem der elegantesten Vororte Brüssels, Jelles, erhielt kürzlich eine Straße den Namen des sozialistischen Abgeordneten und Schriftstellers Hector Denis, in Saint-Gills ist eine Avenue Jean Bolders und in einer anderen Gemeinde eine Straße mit dem Namen des sozialistischen Abgeordneten Verbrand. Das immerhin ein kleiner Fortschritt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Arbeiterbewegung.

Das Recht auf Ausbeutung. Wie wir bereits kurz meldeten, ist im Schöbenerfahrungsprozess der Hamburg-Amerika-Linie gegen ihre Schauerleute wegen Einstellung der Arbeit am 1. Mai am Dienstag das Endurteil des Hamburger Gewerbegerichts ergangen: Die Arbeiter sind verurteilt worden. Jeder der 127 verklagten Schauerleute soll 18 Mark und die auf ihn entfallenden Kosten zahlen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hatte ursprünglich gegen 142 feste Schauerleute wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai eine Schadenersatzklage in Höhe von 12,000 Mark anhängig gemacht. (Zuerstamt wurden ihr im Endurteil 2286 Mark, nachdem sie ihre Forderung auf 2540 Mark ermäßigt hatte.) Durch Zwischenurteil hatte das Gewerbegericht den Anspruch der Amerika-Linie dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Soweit die Klage jedoch auf Verurteilung der Schauerleute als Gesamtschuldner gerichtet war, ist sie abgelehnt worden.

In der Begründung dieses Zwischenurteils befanden sich die folgenden charakteristischen Stellen:

Die Behauptung der Beklagten, es sei ihnen durch jahrelange Übung von der Amerika-Linie freigegeben, jederzeit einen eventuellen mehrere Tage ohne weiteres von der Arbeit fortzugehen, sei so ungläublich, so absurd, daß es nicht einmal für angebracht erschienen sei, die angebotene Beweisführung zuzulassen! Das Gericht sei (ohne Beweisaufnahme) vom Gegenteil überzeugt. Die Einrede, Bellagie hätten bereits

22 Stunden gearbeitet, und hätten deshalb annehmen dürfen, sie sollten abgelöst werden, sei diesfalls. Wellage hätten gewünscht, daß keine ordentlichen Ersatzleute für sie vorhanden gewesen seien. Der Lohn für Schauerleute erkläre, die Arbeitszeit solle 36 laufende Stunden einschließlich der Spausen nicht übersteigen. Diese Arbeitsdauer sei gerichtsnotorisch im Hamburger Hafen seit vielen Jahren üblich und noch niemals als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet worden. — „Mädgen habe sich die offenbar auf einen gemeinsamen Beschluß der Beschäftigten zurückzuführende Arbeitsverweigerung am 1. Mat. die lediglich Demonstrationen hien, nicht gefallen lassen können. Sie mußte also von ihrem Rechte, die Beschäftigten zunächst zu entlassen, Gebrauch machen, wenn sie sich nicht der Verantwortlichkeit habe preisgeben wollen.“ — „Eine vorläufige Schadenzahlung möge hier wohl als vorhanden angenommen werden können. Die Arbeitsverweigerung lediglich zu Demonstrationen zu wecken sei als eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung anzusehen.“

Das „Prinzip“ der Amerika-Union, ihre Arbeiter ununterbrochen bis 36 Stunden ausbeuten zu dürfen, hatte aber gefehlt. Das Gewerbegericht hat gegen eine solche rigorose Arbeitsmethode durchaus nichts einzuwenden. Das ist die Quintessenz des Urteils, das die Arbeiter sich tief ins Gedächtnis einprägen werden.

Eine Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bis zu 36 Stunden verstößt nicht gegen die guten Sitten — wohl aber die Einstellung der Arbeit zum Zwecke einer Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein menschenwürdiges Maß!

Das ist Bourgeois-Recht in Deutschland!

Unzufriedene christliche Arbeiter. Die Gemeindefreier der Stadt Köln, die zum Teil im Gemeindefreierverband, zum Teil in dem christlichen Verband organisiert sind, haben in Anbetracht der steigenden Lebensmittelpreise an die Stadterverwaltungen eine Petition eingereicht, in der sie um eine Erhöhung ihrer Löhne nachsuchen. Dagegen hat sich eine Kommission der Stadterverwaltungen mit der Eingabe und zwar so gründlich, daß es selbst den christlichen Arbeitern zu bunt wird. Sie fragen die Kommission, in der meist Zentrumler sitzen, wie lange denn ihre Beratungen noch dauern? In einer Verammlung des christlichen Verbandes meinte ein Redner, es sei die höchste Zeit, daß endlich von der Stadterverwaltung etwas geschieht. Es sei unmöglich, mit den bisherigen Löhnen auszukommen. Hind- oder Schweinefleisch könne er überhaupt nicht mehr essen. Er habe es mit Pfefferfleisch versucht, und als dieses nicht mündete, habe er Freibankfleisch gekauft, an dem er dann erkrankt sei. — Die christlichen Arbeiter, die heute über diese traurigen Zustände jammern, sind selbst mit schuld daran, da sie noch immer gefällige Wähler des Zentrums sind, das nichts unternimmt, um bessere Zustände zu schaffen.

Eine europäische Bergarbeiterkonferenz wird nach Meldungen sächsischer Arbeiterblätter in den nächsten Monaten zusammengetreten. An der Konferenz sollen alle Verbände Europas teilnehmen und eine gemeinsame Forderungsbewegung für kommende Winter beschließen. Als Ort der Tagung komme Leipzig oder Dortmund in Betracht.

Zum Streit auf rote Erde. Von welchen tiefschneidenden Folgen auf die Gesamtheit der dortigen Bevölkerung der Streit begleitet ist, geht aus einem Bericht der Kölner lokalen Presse hervor. Danach hat eine Versammlung von etwa 150 durch den Ausbruch auf dem Eisenwerk rote Erde schwer betroffenen Beschäftigten einen Ausschuss gewählt, der des Oberbürgermeisters Vermittlung erbitten und bei der Verleitung vorstellig werden soll, das Werk wieder in Betrieb zu setzen.

Amerikanische Agenten sind im Ruhrgebiet tätig, um Bergleute für amerikanische Gruben zu gewinnen. Von der Seeher „Zentrum“ gehen in der nächsten Woche zahlreiche Familien nach Amerika ab.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. September.

Aus dem Stadtparlament.

Der Stadt-Hauptkassenabschluss für das Jahr 1905, den Herr Dettinger in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erstattete, gewährt keine allzu rosigten Aussichten für die finanzielle Lage unserer Stadt in der nächsten Zukunft. Zwar war der Überschuss, den unsere Kasse im Jahre 1905 erzielt hat, mit 996,273.42 Mk. durchaus der eines normalen Jahres, aber er blieb doch gegen den der beiden Vorjahre mit über einer und über zwei Millionen recht erheblich zurück, denn die erwähnten fast eine Million Mark verringern sich noch dadurch gar nicht unwesentlich, daß ziemlich 300,000 Mark als Einnahmereste auf die Vorjahre fallen. Es bleiben also 700,000 Mark übrig, die sich so ziemlich mit dem Mehrertrag der direkten Steuern decken. Diese Mehreinnahmen an direkten Steuern zeigen, daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eine durchaus normale ist. Und doch haben wir nach den Feststellungen des Herrn Dettinger, des finanzpolitischen Eugen Fischer unseres Stadtparlamentes, alle Veranlassung, mit Vorsicht und Besorgnis in die Zukunft zu blicken. War infolge der wachsenden Steuerkraft der Bevölkerung die Einnahme an direkten Steuern gestiegen, so ist sie bereits bei den indirekten Steuern und bei den städtischen Betriebswerken durchaus nicht so, daß sie eine schöne Zukunft verspricht. Zwar Mehreinnahmen sind auch hier noch zu verzeichnen. So hat die Umsatzsteuer sich auf der Höhe des Vorjahres erhalten und gegen den Etatsanschlag ein Mehr von 6500 Mark gebracht; die Besorgnisse, daß die Verdoppelung der Umsatzsteuer einen Rückgang der Einnahmen herbeiführen werde, ist also nicht eingetroffen. Dagegen ist die Einnahme aus der Schlachtsteuer um 76,000 Mark zurückgegangen, eine notwendige Folge der Fleischsteuerung, die so empfindlich auf den Fleischkonsum in unserer Stadt gewirkt hat, daß der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung drei Kilogramm weniger beträgt, als im Vorjahre.

Bei den Betriebswerken sind die gegen die Statierung erzielten Mehrerträge weit geringer, als in den früheren Jahren. Wir müssen damit rechnen, daß wir hier auf einem toten Punkte angelangt sind; und wie die Verhältnisse liegen, auf wesentliche Mehreinnahmen trotz dem steigenden Konsum für die nächste Zeit nicht werden rechnen dürfen. Diese Feststellung muß natürlich von größtem Einfluß sein, zumal auch bei den übrigen Einzelverwaltungen den erzielten Mehreinnahmen ganz bedeutende Mehrausgaben gegenüberstehen.

Die Überschüsse eines Jahres werden nach dem in unserer Kasse üblichen Finanzgebaren als Einnahmen für das nächstfolgende Jahr gebucht. Unter Berücksichtigung

aller angeführten Momente werden wir im Jahre 1907 mit einem Ausfall von 1,885,000 Mark zu rechnen haben; wir werden also um eine ganz bedeutende Erhöhung der Steuerkraft nicht herumkommen, wenn nicht die städtischen Verwaltungen schon jetzt sich danach richten und bereits in diesen Tagen, wo bereits die Vorbereitungen für den nächsten Etat getroffen werden, sich auf das Neueste einschränken.

Das alles wußte unser wohlwollender Magistrat schon längst; trotzdem aber hat er es gewagt, immer wieder mit Forderungen für allerhand unnötige repräsentative, höfische Veranstaltungen — zuletzt mit den 50,000 Mk. für die Kaiserkrone, die sicher noch eine Nachforderung bringen werden — zu kommen. Man wird dem Magistrat, der die notwendige Sparsamkeit nur dann zeigt, wenn es gilt, wirkliche Bedürfnisse zu stillen, noch schärfer wie bisher auf die Finger sehen müssen. Freilich, von unserem Kommunal-Freistimm ist nicht viel zu erwarten. Die Arbeiter werden gut tun, bei Zeiten dafür zu sorgen, daß mehr Sozialdemokraten in unser Stadtparlament kommen.

Aus der Reihe der weiteren Vorlagen seien die folgenden erwähnt.

Für die durch das Erdbeben heimgesuchten Deutschen in St. Franzisko sollen dem Deutschen Hilfsausschuß des Deutsch-Amerikanischen Verbandes von St. Louis ein Beitrag von 3000 Mark gewährt werden. Der Referent bittet die Vorlage dem Verfassungskomitee zu überweisen, da es sich doch fragt, ob die Bewilligung des Beitrages noch angebracht erscheine, nach dem Präsident Roosevelt die Unterstützung des Norddeutschen Hilfsausschusses hat. Nach kurzer Debatte wurde inebenen die Vorlage angenommen. — Auch eine Vorlage, betreffend die Erweiterung des Bismarckbrunnens fand mehrstimmige Zustimmung. Ein Wort der Debatte glatte Annahme. Man hofft, durch die Erweiterung nunmehr zu erreichen, daß der Brunnen künftig in der vorgesehenen Weise funktionieren wird.

Eine weitere Vorlage steht die Erweiterung des Schützenparkes in der Richtung nach Beerbeutel vor. Es sollen auf dem städtischen Lande zwischen Beerbeutel und dem alten Park neue Parkanlagen geschaffen werden. Im östlichen Teile sollen sie waldfreie, im westlichen aber als offenes Gelände mit Grasflächen gestaltet werden. Die Erweiterung soll nach den Worten des Oberbürgermeisters dazu dienen, die Schützen-Anlagen zu einem vorläufigen Stadtpark in nächster Nähe der Stadt zu gestalten. Der Referent Wagner beantragt nur der hohen Kosten von 101,500 Mark wegen die Ueberweisung an den Ausschuss 3, ihm tritt Herr Samhaber zur Seite, der darum bittet, in Anbetracht unserer nicht günstigen Finanzlage 100,000 Mark doch nicht bloß als einen Vorposten zu betrachten. Für sofortige Annahme sind die Herren Klose und Jahn. Die Ueberlegung behält inebenen die Oberhand, und die Vorlage wandert auf Mehrheitsbeschluss in die Ausschüsse IV und V. — Genehmigt wird der Ankauf einer vom Professor Bohn eigenhändig angelegten Partitur von 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts für die hiesige Stadtbibliothek zum Preise von 15,000 Mark. — Im weiteren werden Mehrkosten von 17,000 Mark für Vermessungen des ländlichen Grundbesitzes der Stadt bewilligt.

Die Jubiläum-Feststellungen für einen Teil der Nikolaivorkstadt, westlich und östlich der Bergstraße, für die Münz-, Kirch- und Heilige Geistesstraße, für die westliche Bauflucht der Straße 48 nördlich der Schützenstraße in Verbindung werden genehmigt.

Eine Vorlage, in der Obervorstadt, und zwar in der Gegend zwischen Michaelsstraße und Schiffbrünnchen, ein Grundstück zum Preise von 6 Mark pro Quadratmeter anzukaufen, wird, weil der Preis zu hoch erscheint, dem Grundeigentums-Ausschuß überwiesen.

Endlich nahm die Versammlung noch von dem Berichte des Ausschusses VII über Prüfung bezw. Erstattung von Rechnungen, sowie von Gutachten über die Erledigung von Erinnerungen Kenntnis, genehmigte eine Reihe von Arbeits- und Lieferungsübertragungen, sowie Staatsverpflichtungen und trat dann in eine geheime Sitzung ein.

Vom Kampf der Landarbeiter um die Invaliden-Rente.

In der Sitzung des Breslauer Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung vom 26. September, die unter dem Vorsitz des Regierungsassessors von Rhein abgehalten wurde, lagen 25 Fälle zur Entscheidung vor. Die meisten Rentenansprüche kamen von ländlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Der weitaus größte Teil der Anträge wurde — wie das eigentlich die Regel ist — abgelehnt. Der Durchschnittslohn der ländlichen Arbeiter ist so gering festgesetzt, daß das gesetzliche Drittel in den meisten Fällen 66% Mark beträgt. Es hält deshalb unendlich schwer, für diese Arbeiter-Kategorie Invalidenrente zu erhalten. Es ist ja ein Leichtes, diesen Kranken und Stiehen vorzuhalten, daß sie in der Häuslichkeit oder Landwirtschaft täglich noch 20 bis 30 Pfennige verdienen können, wenn sie auch erwerbsbeschränkt seien. Von den 25 Sachen führen wir hier einige an.

Die Arbeiterin Eleonore Durian in Rettenbach ist mit schweren Krampfadern behaftet. Die Landesversicherungsanstalt hat ihr Renten verweigert und sie ist im Krankenhaus operiert worden, aber Rente will man ihr nicht geben, weil sie nach dem Gutachten des Arztes noch 66% Mark verdienen könne. Die Frau ist 61 Jahre alt und gebrechlich. Sie wurde abgewiesen.

Frau Marie Urban in Kriestern leidet an Lungenschwäche, Kurzatmigkeit ufm. Der Arzt begutachtet, daß die Frau trotz ihrer Gebrechlichkeit eine staubfreie (1) Tätigkeit verrichten und sich etwas verdienen könne, mindestens 85 Mark im Jahre. Dieser Frau wurde die Rente erteilt.

Der Arbeiter Kajunka zu Radzina, ein gebrechlicher 68-jähriger Mann, bittet um die Invalidenrente. Die Landesversicherungsanstalt ist auf Grund der ärztlichen Gutachten der Ansicht, daß der alte Mann, der von Almosen lebt, noch immer 100 Mark verdienen könne. Der Mann ist mit folgenden Krankheiten behaftet: Lungenschwäche, Verkalkung der Schlagader, chronischem Nierenleiden, Bittern der Galle und mit sonstigen Krankheiten, wie sie das Alter mit sich bringen.

Diesem Greis, dachte der Berichtsteller, wird man die Rente doch nicht verweigern können, doch gefehlt, der arme Mann wurde abgewiesen. Ja, die Existenz des Arbeiters ist bis ins Alter hinein gesichert.

Und nun zum Schluß noch ein drastischer Fall:

Frau Philipp aus Drahenbrunn leidet an chronischer Nierenleiden, sie kann nicht gehen und nicht stehen. Der Arzt sagt, sie sei an der Grenze der Erwerbsfähigkeit teil angelangt, aber 60% Mark könne sie sich immer noch verdienen. Er wird, wie die arme Frau weinend ausfragte, im Dorfe zum Gehen gezwungen und so

kommt dafür etwas Essen. Die Frau wurde auch abgewiesen.

Wir könnten die Reihe der Abweisungen fortsetzen, für heute dürfte es aber genug sein.

Die Zigarrensortierer im Kampfe.

Von der Leitung der hiesigen Filiale des Verbandes der Zigarren-Sortierer und Maschinenarbeiter wird uns geschrieben: Nach Einreichung unserer Forderungen an 9 hiesige Fabrikanten erhielten wir den Bescheid, daß sich letztere vereinigt und mit einander folgenreich erklärt haben und so als Gesamtheit bereit sind, mit uns in Verhandlungen zu treten. Von einer kleineren Firma erhielten wir dagegen noch keine Antwort.

Auf unsere Anregung fanden nun am 26. d. M. Verhandlungen zwischen den Fabrikanten und den einzelnen Fabrikanten-Kommissionen unter Beisein der hiesigen Verwaltung und eines Ausschusses — Mittelsleides statt. Die Verhandlungen bewegten sich in ziemlich sachlichem Rahmen. Die Fabrikanten fanden sich bereit, Lohn-Erhöhlungen, sowie auch eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen. — Zu einem endgültigen Resultat konnten die Verhandlungen jedoch nicht geführt werden, da die Fabrikanten sowie deren Vertreter nicht in der Lage waren, bindende Abschlüsse zu machen. In der darauf stattfindenden Verammlung der Verbandsmitglieder im „Deutschen Kronprinzen“, die sehr gut besucht war, wurden die von den Fabrikanten gemachten Zugeständnisse mitgeteilt. Hieran entspann sich eine lebhafteste Debatte, wonach beschlossen wurde, die Arbeit vorläufig nicht niederzulegen, sondern mit den Fabrikanten in Verhandlungen zu bleiben. Nachfolgende Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen und an die Fabrikanten gesandt:

Die heutige öffentliche Versammlung der Sortierer und Maschinenarbeiter erklärt sich mit der Tätigkeit der Kommission einverstanden, fordert aber dieselbe auf, die Verhandlungen von neuem wieder aufzunehmen, da die Zugeständnisse der Herren Fabrikanten zu minimalen sind und wir an unseren alten Forderungen festhalten.

Der goldene Schlüssel und die Breslauer Fleischer-Juugung. Wir hatten schon mitgeteilt, daß die gegen die hiesigen Fleischer-Juungung angestrebte Klage verlagert werden mußte. Es sind bis jetzt folgende Punkte gestellt: Der Obermeister soll schwören, daß es nicht wahr ist, daß ihm der Magistratsreferent geraten habe, den fraglichen Fleischer zu verkaufen, und daß es nicht wahr ist, daß er nach dem Verkauf dem Magistratsreferent Kenntnis gegeben habe. Beantragt wurde, dem Oberbürgermeister von Oberhausen, Havenstein, den damaligen Referenten des Breslauer Magistrats, als Zeugen zu vernehmen. Vorhergänglich, zum Beweis gegenteiliger Meinung, wurde der Antrag gestellt zur Leistung eines Eides seitens des Besagten mit folgender Formulierung: „Es ist nicht wahr, daß ich vor der weiteren Verurteilung des Falsch-Kennnis erhalten habe, daß dessen Verurteilung durch die Klagepartei an mich absichtlich nicht genehmigt sei, und es ist auch nicht wahr, daß ich bei der weiteren Verurteilung desselben mir bewußt war, daß seine Verurteilung durch die Klagepartei an mich absichtlich nicht genehmigt sei.“ Die Urteilserkundung erfolgt, wie aus Mitteilungen berichtet wird, am 10. Oktober. — Wie das Urteil auch ausfallen mag, über so wenig Spott für ihr famoses Schilbererrecht werden sich die biederen Juungungsherren nicht zu belagen haben.

Stadt-Theater. Heute Freitag gelangt Richards Wagners romantische Oper „Lanternen“ zur Wiederholung. Morgen Sonnabend findet in neuer Einstudierung eine Aufführung von Friedrich Hebbels Trauerspiel „Maria Magdalena“ statt. Das Werk wird in den Hauptrollen von Herrn Bob (Meister Anton), Frau Maeder-Stegemann (seine Frau), Fel. Mayer (Klara), den Herren Sarnow (Karl), Müller (Leonhard), Bernau (sein Sekretär), Warna (Wolfram) dargestellt. Die Regie leitet Herr Masson. Am Sonntag geht zum ersten Male in dieser Spielzeit Moserbers große Oper „Die Hugenotten“ in Szene. — Als erste Nachmittagsvorstellung wird zu ermäßigten Preisen Shakespeares „Othello“ gegeben.

Volks-Theater. Die Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ geht heute Freitag zum 3. Male in Szene. Morgen Sonnabend gelangt nach langer Pause Offenbachs Operette „Dybbel in der Unterwelt“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Damen Fröhler (Cupid), Reinhardt (Diana), Scherfke (die öffentliche Meinung), Lang (Rino), Mayerhofer (Cupido) und die Herren Siege (Aristeus), Pant (Dybbel), Fröhlich (Jupiter), Brob (Hans Ely) besetzt. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Kosenberg. Sonntag findet eine Wiederholung der Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ statt. Nachmittags geht zu kleinen Preisen Müllers Operette „Der Bettelstudent“ in Szene.

Thalia-Theater. Sonntag gelangt im Thalia-Theater die Operette „Frühlingsluft“ zur Aufführung. Die Besetzung ist dieselbe wie bei der Voraustrahlung im Volks-Theater. Vorverkauf heute Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

Volksvorstellung. Als zweite Vorstellung für Gruppe B wird Sonnabend Leffings Lustspiel „Minna von Barnhelm“ aufgeführt. An der Abendkasse Willeverkauft.

Die Verlegung des Postamtes 2. Die bisher in den Säulern Leichstraße 22 und 23 untergebrachten Betriebsstellen des Kaiserlichen Postamtes 2 werden, wie schon berichtet, am Sonntag, den 30. September nach Schluß der Dienststunden in das neue Postgebäude am Bahnhof verlegt. Die Eröffnung des Dienstbetriebes findet dort am Montag, den 1. Oktober, statt.

Vom Bau der Ostbahn. Der Entwurf zum Bau der neuen Brücke vom Dblauer nach der Uferstraße hat vom 17. d. M. ab acht Tage lang im Polizeipräsidium zur Einsicht ausliegen, um Interessenten Gelegenheit zu etwaigen Einsprüchen gegen das Projekt zu geben. Bedenken prinzipieller Natur sind gegen den Brückenbau nicht erhoben worden. Doch haben einzelne Besitzer der in Betracht kommenden Grundstücke am Dblauer wie an der Uferstraße Entschädigungsansprüche geltend gemacht, weil ihre Häuser durch die bedeutende Anschließung an den Brückenzugängen, welche am Dblauer bis zu 3 Meter beträgt, stark entwertet würden. Der Brückenbau kann also unumkehrbar, ohne daß ein rechtlicher Hinderungsgrund vorläge, in Angriff genommen werden.

Der Wuchererplag wird gegenwärtig mit Hieselkötter, Erde und Granitgrus einer eingehenden Regulierung und Befestigung unterzogen.

Obligatorisches Mädchenturnen. Infolge der Bestimmung des Unterrichtsministers über Einführung des obligatorischen Turnunterrichts in der Mädchenschulen wird in den Breslauer Volksschulen vom 1. Oktober ab in der Klasse I und Ia damit begonnen werden. Der Turnunterricht war bisher fakultativ, weshalb die Befreiung vielfach zu wünschen übrig ließ. Von nun an können Befreiungen nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses eintreten.

In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. M. 22 Personen eingeliefert.

Gefunden wurden ein Schmuckstück, ein goldener Ring mit lila Stein, ein eiserne Kreuz, ein Kompass, ein Photographierapparat, acht silberne Messer und 12 Gabeln.

Abhanden kamen eine silberne Brosche, ein brauner Damengürtel und ein Portemonnaie mit 25 Mark.

Gestohlen wurden: am 26. d. M. ein ein Schloßer ein Fahrrad Helrad Nr. 80490 nebst der Fahrradart auf den Namen Günhold Gerthe, am 14. d. M. vor den hiesigen Schiedsrichtern mehrere große messingene Hühnerkannen und schwebelartige Güter.

Befragungen wurden: ein Schiedsrichter, der einem Bildhauer 50 Mark unterschlagen hatte.

Postamt und Tob. Der 16 Jahre alte Postmann Gustav Gabel stürzte am 26. d. M. beim Nichten eines Ankers in der Nähe des Zoologischen Gartens in den See und ertrank trotz aller Rettungsversuche. Auch die Leiche konnte nicht geborgen werden.

Aus Schlesien und Posen.

Wieder ein „Feterabend“-Prozess.

Vor dem Schöffengericht in Neustadt O. Schl. hatte sich Rechtsanwalt P o p p e von der „Neust. Btg.“ gegenüber einer Privatbeleidigungsklage zu verantworten, die Herr M a t e r, Betrüger, der Herausgeber des „Feterabend“, angestrengt hatte. „Beleidigt“ fühlte sich Herr M a t e r durch einen Abdruck aus einem anderen Blatte, in dem die „1000 Mark Versicherung“ der Abonnenten des „Feterabend“ in ihrem wahren Werte geschildert wurde.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Herstellungspreis des „Feterabend“ sich auf etwa zwei Reichspfennige pro Exemplar stellt, sodas bei einem Verkaufspreise von 20 Pfg. 18 Pfennige Gewinn herbeiführen. Gerade in Arbeiterkreisen werden mit der verkauften 1000 Mark-Versicherung gegen Unfall Abonnenten getarnt, denen mit dieser „Versicherung“ wahrhaftig nichts geschenkt wird.

Die Verhandlung endete mit der Abweisung der Klage; Herrn M a t e r wurden die Kosten auferlegt. Wenn er noch diese solche Prozesse anstrengt, die den gleichen Ausgang nehmen, wird es um die 1000 Mark für verunglückte Abonnenten bald ängstlich geschehen sein.

„Bewußt zum Nachteile des Deutschums gehandelt“.

Im Strafgesetzbuch ist zwar keine Bestimmung enthalten, wonach bewußtes Handeln zum Nachteile des Deutschums strafbar ist, aber trotzdem ist der Rechtsanwalt W h e r n s t r a n d in Straßburg in Preßingen wegen dieses „Deliktes“ bestraft worden. W h e r n s t r a n d hatte es trotz seines polnischen Namens zum N a t a r gebracht. Nun hat er bei Abschluß eines Vertrages mitgeteilt, daß dem ein deutsches Gut an einen, von polnischer Seite vorgeschobenen Deutschen verkauft wurde. W h e r n s t r a n d soll von der „Schädigung“ Kenntnis gehabt haben. Kommt er wegen „Schädigung des Deutschums“ auch nicht gerichtlich abgeurteilt werden, so hat man ihn eben im Zivilverfahren gemahnt, indem ihm sein Notariat abgenommen wurde. Nun muß der deutsch-polnische Vermittlungsvertrag auf alle Fälle mit einem „Siege des Deutschums“ enden.

Granberg, 28. September. Die Hölzer von K a t e l und H m a r e n d haben gestern die Arbeit eingestellt, weil ihnen die Bronberger Schleppschiffahrt, welche im Arbeitgeber-Verbande organisiert ist, nach Ablauf des im Herbst 1903 auf 3 Jahre abgeschlossenen Arbeitsvertrages einen weiteren Vertrag aufzusuchen will, den sie mit ein von ihnen „angekauften Hölzer“ abgeschlossen hat.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Schwer verunglückt in Ledwiggdorf bei Schwenberg der Arbeiter P i n n e. Er kam der nach hinten gerichteten Deichsel der Chaußeewalze zu nahe und erhielt von ihr einen solchen gewaltigen Stoß in das Gesicht, daß der Unterkiefer und die Zunge gelockert wurden. — Am Sonnabend verunglückte auf Dominium W e l d e n d o r f der Pferdehieb J a s c h dadurch, daß ihm beim Streifenverladen ein voller Sad auf das Bein fiel, so daß er das Bein brach. In seine Wohnung gebracht, konnte derselbe nicht gepflegt werden, da seine Frau mit Zwillingen niedergekommen war. Er wurde deshalb ins Krankenhaus nach Goldberg überführt. — In Peterwalden brachte eine unbekannt gebliebene Französin als angebliches Fremdbesitz in der Schürze ein Artilleriegeschütz in die Wohnung des Amtsekretärs und übergab es dessen Ehefrau. Bei einer genaueren Prüfung des Geschosses wurde zu aller Schred festgestellt, daß es eine gefüllte Sprenggranate, Doppelschneider L. 23, sei. Das Artillerieregiment Nr. 49 in Schwidnitz wurde sofort hiervon benachrichtigt und sandte einen Oberfeuerwerker hierher, der die Gefährlichkeit des Geschosses feststellte. Es wurde alsdann von ihm zwischen Peterwalden und Dorotheenthal auf freiem Felde eingegraben und, nachdem das Areal auf etwa 1000 Meter abgesperrt worden war, durch Bündelstreu zur Explosion gebracht. Die Detonation war sehr stark und weit hörbar; der Erdbebenwert, welcher demselben wurde, sehr erheblich. Die polizeilichen und militärischen Ermittlungen sind im Gange, ob es sich um einen sogenannten Blindgänger handelt, der nach einem Schiffschiffen nicht aufgefunden wurde, oder um einen Diebstahl, bzw. um eine gefahrvolle Beileidenschaft des Geschosses. — Beim Befahren eines fahrenden Zuges glitt auf der Station Friedensgrube der Eisenbahnschreiber S c h r a m m aus Kattowitz ab. Er geriet mit

dem kalten Eisen unter die Räder, wobei ihm der Fuß abgetrennt wurde. Nach Kattowitz ins Krankenhaus geschafft, ist Schramm infolge des Blutverlustes gestorben. — In der Kirche gefordert ist am Sonntag Vormittag der Schneidermeister Anton K o l e s t a in Adnigshütte. Er befand sich auf dem Thor der Barbarakirche, als er vom Pergel getroffen wurde. — Einen schweren Unfall erlitt das vierjährige Kind des Landwirts P a r z e l in Guteshofnung bei Wleßen in Posen. Es hatte auf dem Felde Kartoffeln verladen und das Kind auf die Kartoffelfackel gesetzt. Als der Vater sich einen Augenblick entfernte, sogen die Pferde plötzlich an und der Kleine fiel so unglücklich unter den Wagen, daß ein Rad ihm über den Unterleib ging und ihn lebensgefährlich verletzte.

Versammlungen und Vereine.

• Von der Freien Religionsgemeinde. In der letzten Gemeindeversammlung wurde zunächst Bericht über die am 9. September in Bunsau abgehaltene Provinzialversammlung gegeben. In der freireligiösen Bewegung unserer Provinz ist ein Fortschritt auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Nach Ansicht des Berichterstatters hat die Bewegung zu wenig Fühlung mit den breiten Volksmassen, die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft sind zu tief. Der Bewegung fehlt ein festes, klares Programm, auch seien die geltenden Leitgeden nicht populär genug. Daher habe die Provinzialversammlung eine Redaktionskommission bestimmt, welche die Leitgeden einer Revision unterziehen und sie dann im Neudruck erscheinen lassen soll. Auch von dem Vorstehen wurde angeführt, daß die organisierte Arbeiterschaft die Trägerin der Gemeinde sei. Ohne Debatte erklärte sich die Versammlung mit den unseren Lesern bekannten, in der Provinzialversammlung gefassten Beschlüssen einverstanden. — Außer den 11 H e l e - Vorträgen ist für den 11. November der Vrediger V o g t h e r - Stettin zu einem Stichtilber-Vortrage gewonnen worden. Auch Fräulein J a n a K i t m a n n - Berlin wurde als Rednerin gewonnen. Zum Schluß wurden der Vorstand und das Mellesien-Kollegium beauftragt, Mittel und Wege zu schaffen, behufs weiteren Ausbaues der Unterrichtsstunden für Kinder.

Aus den Gerichtssälen.

Fahrlässige Brandstiftung war dem Tapeziererlehrling Karl D a n t e r zur Last gelegt, der sich am Donnerstag vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten hatte. Er fand bei dem Tapezierermeister F r e t e r auf der Lauenzienstraße in Arbeit. Die Werkstätte befand sich im Seitengebäude und neben ihr wohnte eine Frau. Eines Tages während der Vesperpause rauchte er sich eine Zigarette an. Vom Strohstoppeln sprang ein wenig Feuer ab, das sofort einen Haufen herumhängenden Wergs in Flammen setzte. Das Feuer griff bei der Trockenheit so rasch um sich, daß alle Versuche des Schiffsen, es zu erlöschen, erfolglos blieben. Wasser war nicht zur Stelle. So gelang es erst der Feuerwehr, des Brandes Herr zu werden, als das ganze Haus bereits ausgebrannt war. Der Nachbarfrau sind sämtliche Möbel mit verbrannt. Der Schaden beträgt rund 3000 Mark. Das Gericht zog die Jugend des Angeklagten und sein reumütiges Geständnis als Strafmildernd in Betracht und ließ es deshalb bei einer Geldstrafe von 75 Mark festsetzen. Der Staatsanwalt hatte nur 50 Mark beantragt.

Ein Miß des Sammers

bei eine Taschendiebin, die sich am Donnerstag vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten hatte. Die Angeklagte, Näherin Juliana A n t o n, ist bereits dreimal wegen Taschendiebstahls bestraft. Einen der Diebstahle hatte sie im Warenhaus der Gebr. Barock, den anderen beim Jahrmart auf dem Bühlberg und den dritten auf dem Obersteifischen Bahnhofs ausgeführt. Diesmal war die 47 Jahre alte Angeklagte eines Sonntags im Mai im Zoologischen Garten gewesen, und dort war sie beobachtet worden, wie sie im Kapitellen wie auch im Raubtierhaus im höchsten Gebränge Frauen an den Kleidern herumtaschelte. Ein Portemonnaie mit Inhalt war bei ihr gefunden worden, doch konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß dieses gestohlen war. Im Untersuchungsgefängnis hatte die Angeklagte, die an Syphilis und hypochondrischen Neigungen leidet, einen S e i b m o r d v e r s u c h unternommen, indem sie sich am linken Ellenbogen die Pulsader aufschnitt. Infolge des erlittenen Blutverlustes ist sie noch heute so geschwächt, daß sie nicht allein sitzen kann. Von zwei Wärterinnen wurde sie in den Gerichtssaal und dann wieder aus diesem hinausgetragen. Während der Verhandlung wurde sie von

den Wärterinnen, auf der Anklagebank sitzend, geführt. Das Urteil lautete wegen versuchten Diebstahls auf ein Jahr Z u c h t h a u s.

Briefkasten.

H. W. Wenden Sie sich bitte an den Vorstehen der Gewerkschaften, Paul S c h m i d, Matthiasstraße 176, der Ihnen genauere Auskunft erteilen wird.
Ludwig. Sie müssen den Amtsvorsteher ersuchen, daß er den Gutsherrn zur Zahlung des rückständigen Lohnes an Ihre Tochter auffordert. Rst dies nicht, so muß der Gutsherr beim Amtsgericht verklagt werden.
Nach Mühlhütte. Wenn Sie sich über den Krankenarzt beschwert fühlen, müssen Sie sich an den Vorstand der Krankenliste eventuell an die Generalversammlung wenden. Wir können doch von hier aus nicht nachhelfen, inwiefern die ärztliche Verordnung unzulänglich war und können deshalb Ihren Bericht nicht veröffentlichen.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 30. September:
Eisenarbeiter-Verband. Vorm. von 10-12 Uhr. Kassenabg. Zimmer Nr. 7.
Montag, den 1. Oktober:
Maschinenarbeiter-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 2.
Dienstag, den 2. Oktober:
Schirmmacher und Schirmzubehörende. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
Mittwoch, den 3. Oktober:
Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Abends 8 Uhr, im großen Saal.
Donnerstag, den 4. Oktober:
Malzer. Mittelarbeiter-Versammlung. Zimmer 2.
Arbeiter-Unionistenbund. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 5.
Sonntag, den 7. Oktober:
Freie Turnerschaft. Abends 6 1/2 Uhr: Quartals-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt 8 (Graschener Vorstadt).
Bezirks 12, 13, 14, 15 u. 19. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr. Zusammenkunft und Jahlabend der Mitglieder. Besprechung über die Stadterweiterungsarbeiten.
Bezirks 12, 13, 14, 15 u. 19. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr. Zusammenkunft und Jahlabend.
Bezirks 16, 17 u. 18. Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr Kassenabend.
Distrikt 8 (Oberster).
Sonnabend, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr. Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung der Beitragsmarken und Programme. Berechnung über die Stadterweiterungsarbeiten. (Kontrollkarten.) Mitgliedsbücher und Marken sind zur Kontrolle mitzubringen.
Distrikt 9 (Oberster).
Sonnabend, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr. Abrechnung der Bezirksführer im bekannten Lokal. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen und alle haben zu erscheinen.
Distrikt 10 (Sandtor).
Dienstag, den 2. Oktober, Abends Punkt 8 Uhr, in Fritz's Restaurant, Kreuzburgerstraße 15, Zusammenkunft der Mitglieder, Abrechnung der Programme, Jahlabend z.
Distrikt 11 (Sandtor).
Sonnabend, den 29. September, Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung sämtlicher Marken. Die Abrechnungsbücher und die Kontrollkarten sind mitzubringen. Das Erschienen sämtlicher Bezirksführer ist Pflicht.
Distrikte 12 u. 13 (Schelling).
Sonntag, den 30. September, früh von 8 Uhr ab, Ausstellung der Karten, um die Wähler aufzufinden. Alle Bezirksführer und Mitglieder haben bei Zeit, Uferstraße 26, zu erscheinen.
Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis).
Freitag, den 28. September, Abends 8 Uhr, Bezirksführer-Zusammenkunft im bekannten Lokal.
Distrikt 19 (Innere Stadt Westkreis).
Sonnabend, den 29. September, Zusammenkunft der Bezirksführer im bekannten Lokal.

Am 25. d. Mts. verschied unser Mitglied
Paul Martin
im Alter von 24 Jahren. 4228
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend.

Am 25. d. Mts. verschied nach langem Krankenlager unser Genosse, der Arbeiter
Paul Martin
im Alter von 24 Jahren. 4226
Ehre seinem Andenken!
Die Genossen des 16. Distrikte
I. A.: Der Bezirksführer
Gustav Ullrich.

Am 26. d. Mts. verschied nach kurzem schweren Krankenlager mein lieber, treusorgender Vater, der Fabrikarbeiter
Wilhelm Schatz
im Alter von 72 Jahren.
August Schatz, ledig, ohne Familie.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Czarnsdorfer No. 136 aus, statt.

36 Auwend billigen Preisen
Schuhwerk,
Robert Kretschmer, Schuhmachergstr.
„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, seit 10 Jahren.

Lichtige Eisendreher und Maschinenschlosser
von größerer Maschinenfabrik
Mittelschleusen gesucht. Off.
unt. B. D. 4942 an Rudolf
Moss, Breslau. [4227]

Vor Erkältung
Genferthermometers
Beste Thermometer
Optische Industrie
Heidrich
Etablisement gründer.

Stamm-Seidel,
Vertriebs-Geisels,
Schertel-Geisels,
Hochhaus-Geisels,
Jahrbuch-Geisels,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Sapfstr. 47.

Stiefel Lager in
Her- und Schiefelren,
Berger- u. Knaben-Stiefel
Paul Kasowsky,
Königsplatz 27/28.

Batavia-Arrak,
Jamaica-Rum,
französische
und deutsche
Kognaks,
Punsch u. Tafelkäfte
empfehlen
4222
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 8.
Flaschenverkauf
im Comptoir. Hof. part.

Feinste Tafelbutter
das Pfund 1.00 Mk. [4185]
Paul Pienzig
Nr. 52 Mühlengasse Nr. 52.

Filz-Hüte
für
Damen
und
Kinder
Detail-Verkauf
direkt in der
Hut-Fabrik

A. Blachmann
16/17 Brunschw. 16/17
Gang
Neue Weltgasse.
Reparaturen
innerhalb 3 Tagen.

Pfandleih-Institut.
Geld auf Pfänder sehr pfandlos-Institut.
Friedrich-Wilhelmstraße 61. I. [3801]
Röst-Kaffees
aromatisch, kräftig, hochfein
das Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pfg.
Malgkaffee Pfd. 25 Pfg.
Süßer weicher Java 18
Süßer weicher Java 90
Süßer weicher Java 100
f. Tee, russisch, u. chin. 140
f. Weizenmehl 13
f. Tafel-Weizen 20
Weißes Speiseöl 70
Weißes Speiseöl 35
f. Honigbrot 25
f. Butterbrot 15
Weizen Flasche 20
f. alter Rum 109

Th. Giersdorf
Bücherstraße 21
(Bücherplatz).
Gillisten:
Enderstraße 9,
Matthiasstraße 185,
Weinstraße 38,
Hirschstraße 81
(Gde. Schumann). 3016

Alle und neue Möbel!
Ergänzung: ganze Möbelerweiterungen
zum Preise von 25 Mk. an zu verkaufen
3717 Fischerei, Reichelstraße 14.
Hut-Hanke
Friedrich-Wilhelmstraße 23

Hunderterte
Kunden erreichen wir durch unsere überaus
große Billigkeit und Reellität. 4177
Reichelstr. 23, elegant, feine, beste St. 17 Mk.
Assurfabrik Wallstr. 171

Handvoll Geld sparen Sie
beim Einkauf im
Geschäftshaus für Gelegenheitskäufe
Eugen Hamburger
Behrnerstraße 25, Ecke Nachodstraße.

Herron-Joppen
mit Double-Loden
Mk. 4.25, 5.25, 6.25, 7.25, 12.—
Ein Posten extra gute
Herron-Anzüge
neueste Muster
M. 2.25, 10.—, 12.—, 14.—, 16.—
Ein Posten
Herron-Paletots
M. 2.25, 11.—, 12.50, 14.—, 16.—
Ein Posten Strick- und Walkjacken von Mk. 1.50 an.
Große Auswahl in Monteur-Blusen, Hosan, Neuer-
Blusen sowie Lederhosen für Zimmerleute, Maaner und
Arbeiter, auch Latzhosen, Samt-Westen. [4206]

Spezialität:
Herron-Anzüge
nach Mass von Mk. 18.— an bis
zum elegantesten Genre.
Ein Posten
Herron-Stoff-Hosen
Mk. 2.50, 3.—, 4.—, 5.—, 6.—
7.—, 8.—
Extra feine
Lederhosen
jezt Mk. 2.75.